SCHANZEN NEUES LEBEN



DM 2,-

9/89

INHALTSVERZEICHNIS

Auf den folgenden Seiten geht es um Sanierung und Umstrukturierung. In diesem Zusammenhang ist die noch zu gründende Stadterneuerungsgesellschaft (STEG) von großer Bedeutung, soll sie sich doch ausschließlich um die von Sanierung betroffenen Stadtteile, aber auch um Projekte wie Flora und Montblanc kümmern. Fakt ist, daß nicht nur das Phantom-Theater am Schulterblatt von uns verhindert wurde und es jetzt um die praktische Umsetzung des Stadtteilzentrums "Rote Flora" geht, sondern es geht nach dem Auszug von Montblanc um die Nutzung der Gebäude an der Schanzenstraße/Bartelsstraße. Auf der anderen Seite laufen die ersten Hausverkäufe inzwischen auch bei uns in St.Pauli und im Schanzenviertel, aber warum kriegt die Wohngruppe die Häuser am Kleinen Schäferkamp? Zu diesem Themenkomplex im folgenden Beiträge und Diskussionspapiere.



Redebeitrag zur Hafendemo am 15.7.89 vor den Häusern Laisz-/Marktstraße

Genossinnen und Genossen,
wir werden jetzt einen Redebeitrag des Stadtteilplenums Schanzenviertel halten.
Wir hatten uns beim Schreiben dieses Beitrages vorgenommen, nicht einfach das schon x-mal gesagte über Flora, Umstrukturierung usw. zu wiederholen. Wir wollten inhaltlich weiterführendes darstellen, bemerkten aber dann, wie wenig eine grundlegende Diskussion über Inhalte und Ausrichtung radikaler linker Politik unter uns geführt wurde, um jetzt eine genauere Analyse zu schreiben.
Trotzdem nun ein Redebeitrag, der unsere Diskussion und die Situation um das Stadtteilzentrum Flora darstellt.

AUFRUHR WIDERSTAND, DIE FLORA KOMMT IN UNSERE HAND!!! Eine Parole von vielen, die im letzten Jahr auf den Demonstrationen im Schanzenviertel gegen das Musicalprojekt des Friedrich Kurz gerufen wurde.
Zur Hälfte hat sich diese Parole bewahrheitet - die Flora kommt in unsere Hand...
Stand ist folgender: Seit nunmehr einem halben Jahr gibt es Gespräche über die Flora, über Geld, Winterfestmachungen, Vereinsgründung usw. Von der Baubehörde gibt es die Zusage, daß wir die Flora zu unseren Bedingungen als selbstverwaltetes Stadtteilzentrum kriegen. Und das, obwohl wir die von der Baubehörde geplante Randbebauung an der Juliusstraße strikt ablehnen.
Es scheint also so, daß wir unser selbstverwaltetes Statteilzentrum bekommen könnten. Doch sind wir uns bewußt, daß hinter den Zugeständnissen der Baubehörde die Absicht steht, die eigentlichen politischen Widersprüche zuzukleistern und den Widerstand, den sie im letzten Jahr nicht unterdrücken konnten, zu befrieden. Deutlich wird dies besonders an einer Stelle eines Papiers der Baubehörde vom Februar '89. Da heißt es: Oberbaudirektor Kossak hat besonders darauf hingewiesen, daß der behutsamen Entwicklung und Umsetzung des Nutzungskonzepts für das alte Flora-Gelände ein Beitrag geleistet werden soll, um die im Zusammenhang mit dem Theaterprojekt entstandenen Spannungen in diesem Quartier abzubauen; Originalton Kossak:"Wir sind gesprächsbereit und wollen gemeinsam mit den Bürgern bestehende Konfrontationen abbauen und in einer entkrampften Atmosphäre gemeinsam eine Lösung entwickeln."
Wie scheinheilig!
Während sie an der Flora so tun, als ob sie auf unsere Forderungen eingehen, forcieren sie auf der anderen seite deutlich ihr kapitalistisches Standortkonzept Hamburg.
Sie zeigen ihr wahres Gesicht, wenn sie 800 Meter von der Flora entfernt, am Hostenbahnhof, den Kommerz-Musical-Palast brutal hochziehen.
Während an der Holstenstraße jeglicher Widerstand schon im Keim erstickt wird, verfolgen Politik und Kapital dagegen am Montblanc-Gebäude im Schanzenviertel eine andere Strategie: Hier findet eine geschickte Vermischung von links-Alternativen Interessen mit Profitinteressen statt. der Senat tarnt hier seine Interessen, indem er dem Projekt einen alternativen Anstrich gibt und so weniger angreifbar macht!
Gleichzeitig stellt die Realisierung des Montblanc-Gebäudes ein Renommierobjekt für die neu zu gründende Stadterneuerungsgesellschaft dar, die, vorher in der Baubehörde als staatliche Institution integriert, jetzt im privaten Sektor, als Pufferzone zwischen Bevölkerung und Senat, arbeiten soll. Die Stadterneuerungsgesellschaft soll den städtischen Wohnungsmarkt privatisieren - so übernimmt sie gerade im Karoviertel, in dem wir uns jetzt befinden, alle Wohnungen der städtischen Verwaltungsgesellschaft SAGA.
Dies sind nur wenige Beispiele, die zeigen, daß die Umstrukturierung der Viertel schon längst begonnen hat.
Die Durchsetzung der Flora als selbstverwaltetes Projekt kann diese Entwicklungen in den Vierteln allein nicht aufhalten. Trotzdem ist die Flora wichtig, da sie Räume schafft, in denen wir uns treffen, reden, Kräfte sammeln können, den Ideen von einem Leben ohne Herrschaft näher kommen. Unser Anspruch einer **ROTEN FLORA FÜR ALLE** ist bis jetzt noch nicht umgesetzt. Wir sind aus der Isolation nicht herausgekommen. Wir denken aber, daß durch die Verwirklichung der Flora diese Möglichkeit geschaffen wird.
Die Häuser in der Hafen- und Bernhard-Nocht-Straße sind für uns ein Ort, der im engen Zusammenhang mit unseren Zielen in der Flora und gegen die vom Senat verfolgte Standortpolitik im Schanzen- und Karolinenviertel und in St.Pauli steht. Deshalb: **FÜR EIN LEBEN GEGEN DIE VERHÄLTNISSE**

HAFEN BLEIBT --- FLORA KOMMT
LAMA BLEIBT



Montblanc zieht aus! Und wer zieht ein?

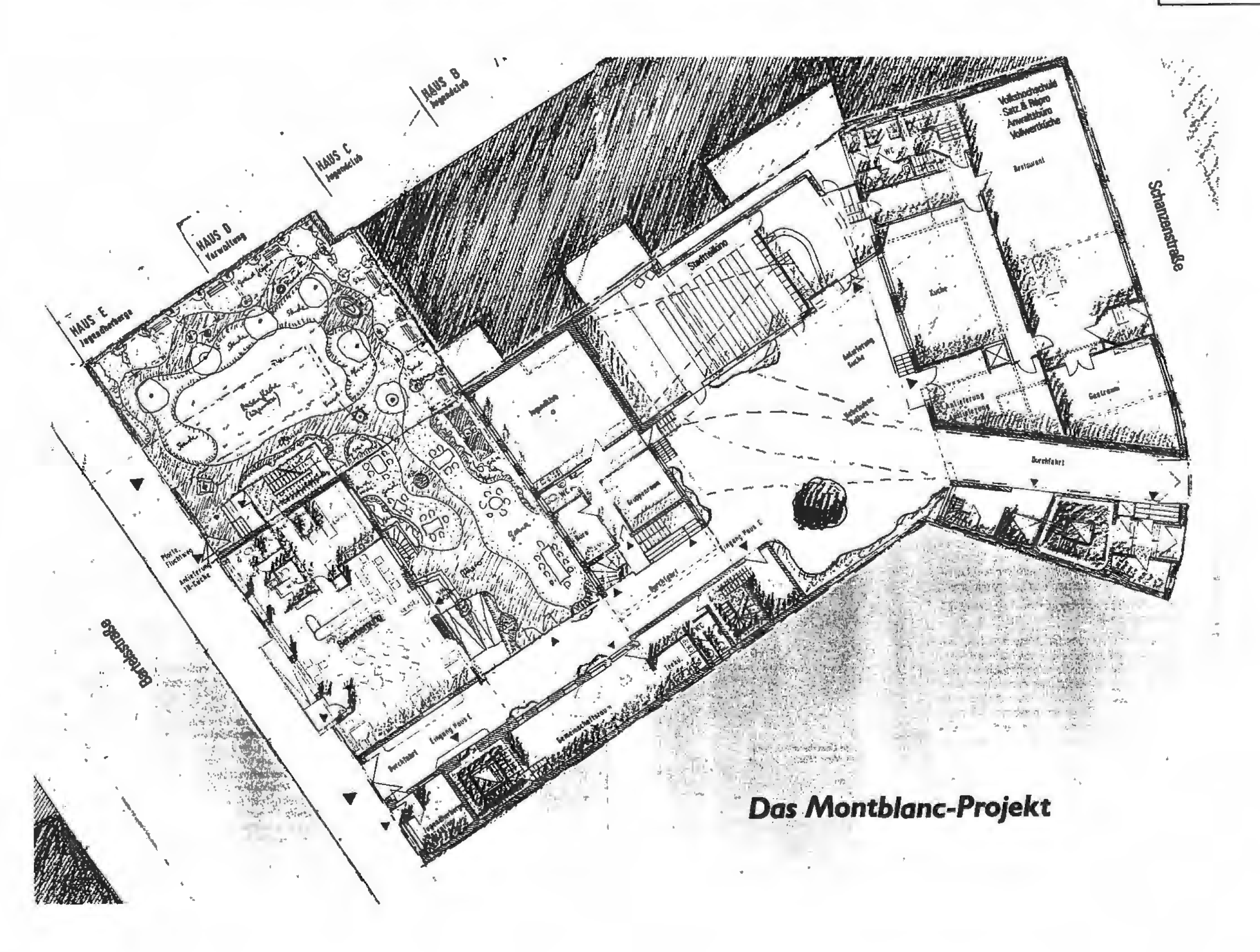
Montblanc ist weg - Der Umbau beginnt - Die Neuen kommen

Die Firma Montblanc ist aus den Gebäuden an der Schanzenstraße, Bartelsstraße, sowie am Schulterblatt ausgezogen und produziert jetzt in Eidelstedt. Was am Schulterblatt passiert, wissen wir noch nicht, der Privatbesitzer aus Hannover hat noch keine Information rausgelassen.
Anders bie den 5 Häusern zwischen Bartelsstraße und Schanzenstraße. Diese sind vom Senat der Fa. Montblancfür 3,5 Millionen abgekauft worden. Nach dem derzeitigen Konzept soll als Eigentümerin und Vermieterin die HaGG fungieren. Eine GmbH, hinter der zu 70% die Stadt und zu jeweils 15% die Handels- und Handwerkskammer steht. Die HaGG ist eine Tochtergesellschaft der (noch zu gründenden) Stadtentwicklungsgesellschaft (SteG), die unter anderem nach Plänen der Baubehörde Umstrukturierung und Sanierung von Stadtteilen wie Karolinenviertel, Altona-Ottensen und Schanzenviertel ausführen soll. Dazu mehr im nachfolgend abgedruckten Diskussionspapier. Hört sich alles kompliziert an (ist es auch), jedenfalls bleibt die Vermietung und Verwaltung der Montblanc-Gebäude in Händen und unter Kontrolle der Stadt.
Alte Pläne der seit Jahren an einer Nutzung Interessierten, hier staatsunabhängig etwas aufzuziehen,sind nicht zuletzt an der Finanzierung gescheitert. Kein Wunder bei 3,5 Mio Kaufpreis und noch mal ca. 4 Mio Umbaukosten.

Nutzergruppe Gewerbehof Montblanc
Diese Nutzergruppe trifft sich seit Frühjahr 89 und hat sich vorgenommen (Zitat): "Formen zu entwickeln und praktisch umzusetzen, in denen verschiedene Initiativen,Projekte und gewerbliche Nutzer in möglichst weitgehender Selbstverwaltung und Selbstbestimmung zusammenarbeiten".
Und das sind voraussichtlich die neuen Mieterinnen:
Die Ansprüche der Nutzergruppe sind sehr hoch gesteckt. (Zitat):
über die Projektdurchführung hinaus sollen stadtteilpolitische Zielsetzungen verfolgt werden. (Unterstützung für bzw. Forderungen nach weiteren selbstbestimmten Wohn-, Gewerbe- und Kulturprojekten, Erhaltung der gewachsenen Strukturen im Schanzenviertel). Zugleich wollen wir das Montblanc-Gelände und die Gebäude zu einem für möglichst viele Bewohnerinnen und Bewohner des Viertels nutzbaren Zentrum machen.
So ist zum Beispiel vorgesehen, daß es Gemeinschaftsräume geben wird, die Stadtteilgruppen zu Verfügung stehen werden. Zitat Ende.
Ob die Abwanderung großer Gewerbebetriebe wie Montblanc und demnächst auch die Fa. Laue mit dem Weggang von ca. 1000 AngestelltInnen und ArbeiterInnen und dem Einzug von alternativen Kultur- und Gewerbebetrieben (zumindest bei Montblanc) nicht selber schon nachhaltig die gewachsenen Strukturen im Schanzenviertel verändert, ist zumindest zu befürchten. Denn viele Einzelhandeslsbetriebe im Viertel haben nicht unerheblich von Laue und Montblanc gelebt und drohen jetzt in Schwierigkeiten bis hin zur Schließung zu geraten. Und in leerstehende Ladenräume ziehen dann wahrscheinlich weitere Schnick-Schnack-Läden mit unnötigen Kram, was wiederum anderes Puplikum anlockt und das Viertel weiter verändert.
Auf der anderen Seite ist es natürlich zu begrüßen, wenn soziale und für das Schanzenviertel wichtige Einrichtungen wie zum Beispiel die " Palette e.V." oder das "Freie Kinder- und Stadtteilzentrum e.V." endlich vernünftige Räume erhalten.
Ähnlich wie beim Floragebäude sollen Instandsetzungs- und Umbaukosten für die Montblanc-Gebäude aus Sanierungsgeldern finanziert werden. Dazu müßte der Block zwischen Schanzenstraße,Susannenstraße und Bartelsstraße allerdings zum Sanierungsgebiet erklärt werden. Diese Meldung hat bei der Nutzergruppe nochmal für Unruhe gesorgt und zum Teil heftige Diskussionen ausgelöst, ein Ergebnis ist das folgende Diskussionspapier.

»Wir«, das sind:

*die **Freie ambulante Pflegegruppe e.V.**, die Tages-, Haus- und häusliche Krankenpflege mit ganzheitlichem Anspruch in Selbstverwaltung betreibt; die **Satz & Repro Kollektiv GmbH**, ein selbstverwalteter Betrieb, der seit Jahren im Viertel ansässig ist und für Druckereien, Verlage, Initiativen, Grafiker und Projekte verschiedenster Art tätig ist; das **Freie Kinder- und Stadtteilzentrum e.V.** mit offener Kinder-, Jugend und Mädchenarbeit, Gruppen und Einzelfallberatung und Betreuung; eine **selbstverwaltete** Mitarbeitergesellschaft, die im Gebäude ein **Restaurant** mit vollwertiger Ernährung eröffnen und eine **Zentralküche** und Bäckerei für Fremdbelieferung betreiben will; die **Palette e.V.**, die Drogenabhängige betreut, die durch Ärzte z.B. mit Methadon versorgt werden; der Arbeitsschwerpunkt liegt in der ambulanten Betreuung und Therapie von Klienten, von denen viele HIV-positiv oder aids-erkrankt sind; eine Gruppe, die einen **Beherberungsbetrieb** für Tagungsgruppen und Einzelreisende aufbauen will; ein geplantes **Stadtteilkino**; ein **Malatelier**; ein **Anwaltsbüro**, das bereits jetzt im Viertel ist, dort Mandanten hat und mit hier tätigen Initiativen (Mieter helfen Mietern, Freies Kinder- und Stadtteilzentrum) zusammenarbeitet sowie die **Volkshochschule**, die dort ein zentrales Haus für Weiterbildung mit Unterrichts- und Fachräumen sowie der zentralen Verwaltung unterbringen will.*



Das Montblanc-Projekt

Diskussion

1. Entwicklung der Stadterneuerung in Hamburg
2. Rolle der Steg

Anfang der siebziger Jahre fand in Hamburg eine Umwandlung der bis dahin favorisierten, flächendeckenden Sanierung statt.
Diese Abkehr von den alten Konzepten, sprich der Kahlschlagsanierung, war, wie nicht anders zu erwarten, ökonomisch motiviert.
Diese Neuordnung der Sanierungspolitik war ein gezieltes Reagieren auf die negativ bewerteten Auswirkungen, der sogenannten Probleme der Altbaugebiete auf die gesamtstädtische Entwicklung.Offizielles Ziel der Stadt erneuerung in Hamburg war die Verbesserung des Wohnungsbestandes und die Erneuerung überalteter Stadtstrukturen.
Zwei Jahrzehnte lang hatten private Hausbesitzer, sowie städtische Wohnungsbauunternehmen ihren Wohnungsbestand in den Altbaugebieten systematisch verkommen lassen. So wurden weder Instandsetzungs-, noch Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt.
Ein Grund dafür waren die, bis dahin bestehenden, flächendeckenden Abriß- und Sanierungspläne. Welcher Hausbesitzer wird seine Häuser renovieren oder modernisieren, wenn gerade in den Altbaugebieten Abbruch von Wohnraum vorrangig betrieben wird!
So wurden jahrelang nur Profite aus den MieterInnen in den Altbauquartieren herausgeholt, ohne was zu investieren. Weitere Profite kassierten die Hausbesitzer durch Entschädigungszahlungen der Stadt bei Abbruch der Altbauten, die in den flächenumfassenden Sanierungsvorhaben vorgesehen waren.
Viele BewohnerInnen in den Altbaugebieten die es sich leisten konnten zogen weg und zurück blieben Menschen,die auf Grund ihrer sozialen Lage sich keine anderen Wohnungen leisten konnten.
In diesem "Trend", daß gerade Einkommensstarke Bevölkerungsschichten in die Stadtrandgebiete zogen, sahen die Stadterneuerer und Sanierer eine "ökonomische Gefahr", die von den Altbaugebieten ausgeht.
So wurde ein von der Stadt zu diesem Zeitpunkt in Auftrag gegebenes Gutachten der Prognos AG Basel herangezogen, in dem genau diese Entwicklung aufgezeigt wird.
Schon zu diesem Zeitpunkt wurde klar, daß die sogenannte behutsame Stadterneuerung nicht dazu dienen sollte, die Wohn- und Lebensbedingungen der in den Altbauvierteln lebenden Menschen zu verbessern, sondern für andere, einkommenstarke Schichten der Bevölkerung durchgeführt werden sollte.
Da reden die Planer von Bremsung der sozialen Unterprivilegierung und Durchmischung der Bevölkerung.
Für die Menschen in den Altbaugebieten bedeutet diese Aussage nichts anderes als Vertreibung aus ihren Vierteln, um Platz zu schaffen für die Umsetzung der Sanierungspolitik.
Die Ergebnisse dieser Sanierungspolitik sind in Hamburg schon in vielen Stadtteilen spürbar geworden, (z.B. in Eimsbüttel und Eppendorf) und greifen jetzt auf die letzten noch nicht sanierten Altbaugebiete über.

Betroffen sind: St-Pauli, Ottensen, Karo-Viertel, Altona-Altstadt und Schanzenviertel! Seit vielen Jahren regt sich Widerstand in den betroffenen Vierteln, der immer stärker wurde und die Stadtplaner zwang, neue Strategien für die Sanierungsdurchführung, sprich Vertreibung der BewohnerInnen und Befriedung der in Aufruhr geratenen Viertel, zu entwickeln.
So diskutiert der Senat jetzt offen über die "Strategien zur Wiederbelebung innerstädtenaher Problemgebiete."

<u>Auszug aus der Presseerklärung vom Senat v. 11/88</u>
Der Bürgermeister erinnert sodann an die Entscheidung des Senats, ebenfalls vom 1. November, die Polizeikräfte in sensiblen und verunsicherten Wohngebieten zu verstärken, um die Sicherheit für die Menschen dort zu erhöhen.
Neue Formen der Gewaltanwendung und provozierende Aktionen, die immer öfter das Netz guter Nachbarschaft in einigen Problemgebieten zerstören, soll die Polizei schneller und angemessener entgegentreten. Dazu gehören eine verstärkte Präsenz und besonndere Kenntnisse der Einsatzorte und ihres Milieus. Mit seinem Beschluß, die Polizeireviere 15 (St. Pauli), 16 (Schanzenviertel) und 21 (Altona) um insgesamt 60 Beamte zu verstärken, leistet der Senat einen Beitrag zur erhöhten Sicherheit und zum Abbau von Gewalt und Angst in diesen Stadtquartieren.

Das heißt nichts anderes als jeden Widerstand gegen Vertreibung und Um-strukturierung in den Vierteln im Keim zu ersticken! Das erinnert an die Politik der Nazis im dritten Reich bei der Zerschlagung der Widerstandsstrukturen, z. B. im Gängeviertel und in Altona!
Die zweite Strategie des Senats ist: Rückzug der offiziellen Planungsgremien (Baubehörde, etc.) aus den sogenannten "Problemgebieten" und die Gründung der Stadterneuerungsgesellschaft (STEG) unter Federführung von "Alternativ-Sanierer" Peter Jorzick.

<u>Auszug aus der Presseerklärung vom Senat v. 11/88</u>
Als Beispiel für den Willen des Senats, Stadterneuerungspolitik gebietsoriientiert zu vebessern, führte der Bürgermeister die von der Baubehörde geplante Stadterneuerungsgesellschaft an, die ihre Aufgaben wie ein Privatunternehmen ohne bürokratische Hemmnisse und gebietsbezogen vor allem an den Schwerpunkten Karolinenviertel, Schulterblatt und Altona-Neustadt erfüllen soll.

Diskussion

<u>Wie ist nun die zweite Strategie des Senats zu bewerten?</u>

Tatsache ist, daß die offiziellen Stadtplanungs- und Sanierungsbehörden nicht die für ihre Pläne nötige Akzeptanz in den Sanierungsgebieten gefunden haben! Vielmehr war das Gegenteil der Fall! Der sich ausbreitende Widerstand in den Vierteln konnte klare und eindeutige Kritik an der Vertreibungs-und Umstrukturierungspolitik des Senats artikulieren, und gezielt gerieten die Sanierungspolitiker ins Schußfeld; allem voran Bausenator Eugen Wagner und seine Spezis!

Um diesem Widerstand die Spitze zu nehmen und verdeckter die Vertreibungs- und Umstrukturierungspolitik durchführen zu können, ziehen sich die offiziellen Behörden aus den "sogenannten Problembebieten" vor Ort zurück und überlassen diese Gebiete der STEG.

Klar wird an diesen Zusammenhängen, daß die STEG nur der verlängerte Arm der Sanierungsbehörden ist und die Grundlagen sowie die Entscheidungsbefugnisse für alle durchführenden Sanierungs- bzw. Umstrukturierungsmaßnahmen weiterhin bei den bis dato zuständigen Behörden verbleiben! Wichtig ist dieser Faktor auch für die Planung zur Olympia-Stadt, dem weiteren Ausbau der Hafenrandgebiete (Hafenstraße, Kehrwiederspitze und der Speicherstadt etc.) Hier wird der Senat auf jeden Fall seine Planung durchziehen, daß bis zur Olympiade die sogenannten "Problemgebiete" befriedet sind.

Aus diesem Grund heraus sind in einer für Planungsbehörden relativ kurzen Zeit die Gründung der STEG und die Anhandgabe der sogenannten innerstädtischen "Problemgebiete" an die STEG erfolgt! Ebenfalls ist eine Aufstockung des Mitteleinsatzes für Stadterneuerungsmaßnahmen in der westlichen Innenstadt (Hafenrand, Schanzenviertel, Altona-Altstadt, Ottensen, Karolinenviertel, St.Pauli-Süd), im Haushalt 199o um ca. 11,5 Mio. DM und entsprechend im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung 199o-1994 eine schrittweise Aufstockung auf ca. 22,5 Mio. DM 199o, bis an ca. 33,6 Mio. DM 1994 geplant.

<u>Anmerkungen zur STEG im Bezug auf Montblanc und Flora</u>

Natürlich steht die STEG hinsichtlich ihrer Vorgaben durch den Senat und der Baubehörde unter starkem Erfolgszwang. Nicht umsonst wird Peter Jorzick als Geschäftsführer "in die Wüste" sprich in die innerstädtischen "Problemgebiete" geschickt, um das Gespräch mit den Sanierungsbetroffenen zu führen.

Wo offizielle Politiker sich scheuen, ihre Sanierungs- und Vertreibungspolitik vor den Betroffenen selbst zu vertreten (wen wundert das), schicken sie ihre Polizeikräfte in die Viertel, um ihre Politik durchzusetzen.

Da kam Peter Jorzick gerade zur richtigen Zeit. schon einmal hat er in einem sog. "innerstädtischen Problemgebiet" an Projekten mitgewirkt, die eine scheinbare Akzeptanz in der Bevölkerung gefunden haben. Scheinbar nur aus dem Grunde, weil gerade im letzten Jahr viele Menschen aus dem Widerstand die Rolle Peter Jorzick's und seine Projekte in Altona-/Ottensen (W3, Filmhauskneipe etc.) kritisierten und ihm vorwarfen, mit zur Umstrukturierung und Vertreibung der BewohnerInnen beigetragen zu haben!

Zum anderen hat Jorzick "gute Kontakte" zu sog. alternativen Planungs- und Architektenbüros und somit zu Wohn- und Gewerbeprojekten.

Gerade diese Aspekte haben den Senat bewogen, ihn als Geschäftsführer der STEG einzusetzen! Dabei spielen auch die sog. alternativen Planungs- und Architektenbüros im Sanierungsprogramm eine Rolle. Diese Rolle gilt es, kritisch zu hinterfragen!

Sind sie nicht ebenso Handlanger der neuen Sanierungsstrategie des Senats?

Als Geschäftsführer der STEG wird es Jorzick nicht gelingen, sich aus der Position eines Handlangers der Vertreibungs und Umstrukturierungspolitik herauszuziehen!

<u>Die Rolle des Montblanc-Komplexes und der alten Flora in diesem Zusammenhang</u>

Diese beiden Projekte sind die ersten Vorhaben, die die STEG in Angriff nimmt und gerade aus der Situation heraus und dem Erfolgszwang, unter dem die STEG steht, werden die Vorgänge und Abläufe um diese beiden Projekte zu einem Politikum!

An diesen Projekten kann man die dritte Strategie des Senats aufzeigen: die Befriedungsstrategie!

Diese politischmotivierte Strategie ist älter als die neuen Sanierungskonzepte. Dennoch paßt sie nahtlos in das Sanierungs- und Umstrukturierungsprogramm.

Gerade in dem "widerstandsträchtigen" Schanzenviertel versucht der Senat speziell diese Strategie!

Da ist zum einen die seit langem bestehende Forderung nach einem "selbstbestimmten" Stadtteilkulturladen in der Flora, wo zur Zeit die Verhandlungen zwischen Baubehörde und den Projektgruppen laufen, und zum anderen der Montblanc-Komplex, wo sich die NutzerInnen-Gruppen einen Gewerbehof mit für sie bezahlbaren Mieten versprechen.

Mit diesen beiden Projekten erhofft sich der Senat eine Kanasilation und Befriedung des Widerstandes!

Nach dem Motto: Wer mit dem Aufbau von Projekten beschäftigt ist, hat weniger Zeit und Kraft, den widerstand an anderen Punkten weiterzuführen.

Diese Strategie ist auch auf viele andere Projekte übertragbar!

Es gibt kein sog. alternatives oder selbstbestimmtes Wohn- und Gewerbeprojekt, welches nicht in irgendeiner Form ökonomisch oder politisch von der Zustimmung diverser Behörden und Entscheidungsgremien des Senats und somit dieses Systems abhängig ist!

Das gilt auch für die inzwischen "legendäre" Hafenstraße!

An der Hafenstraße ist nachvollziehbar, daß der Senat Projekte nur duldet, wenn sie in seinem Sinne funktionieren.

Hier wird schon lange fieberhaft mit allen Mitteln daran gearbeitet, die Akzeptanz, die es noch in Teilen der Bevölkerung gibt, abzubauen, um dann zu räumen.



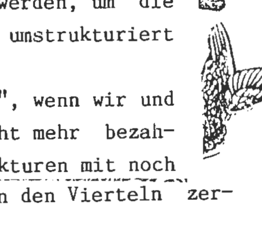
<u>Fazit:</u>

Natürlich ist es wichtig, den Kampf um "Freiräume" sprich um Wohn- und Gewerbeprojekte fortzuführen. Jedoch sollte niemand dabei vergessen, daß diese vom Senat "geduldeten" Projekte in keiner Form den schon so oft formulierten und diskutierten Zielen von selbstbestimmtem Leben, Arbeiten und Wohnen entsprechen.

Wichtig ist darauf zu achten, daß z.B. Flora und Montblanc nicht zu Inseln werden, um die herum fleißig weiter saniert, umstrukturiert und vertrieben wird.

Was nützen uns diese "Inseln", wenn wir und andere Menschen die Mieten nicht mehr bezahlen können und unsere Strukturen mit noch lebbaren Zusammenhängen in den Vierteln zerstört sind!

einige Menschen aus dem Schanzenviertel





WIE KLÄREN WIR UNSEREN UMGANG IN DER AUSEIN-ANDERSETZUNG MIT DER STEGUND DEN FOLGEN ?

Diskussionspapier -- Ergänzung zum Papier v. 14.8.

Seit Monaten ist bekannt, daa nach der "Sommerpause" des Senats dieStadterneuerungsgesellschaft (STEG) gegründet wird!

Weiter ist schon lange bekannt, daa P.Jorzick der Geschäftsführer dieser "neuen" Stadterneuerungsgesellschaft wird.

Jorzick ist u.a. eingesetzt worden, weil er schon einmal mit "Erfolg" an der Umstrukturierung und Vertreibung in Altona mitgewirkt hat. Seine Ergebnissesind W3, Filmhauskneipe etc. Auch seine "guten" Kontakte zu den sogenannten alternativen Planungs-und Architektenbüros spielt bei der Einsetzung Jorzicks zum Geschäftsführer eine nicht unwichtige Rolle!

Ein Ziel des Senats ist es, mit Jorzick seine Sanierungspläne (so meinte er jedenfalls) dann in Ruhe und ohne Widerstand durchziehen zu können. Geplant ist die Umstrukturierung und Vertreibung der Menschen aus den Stadtteilen: Karo-Viertel, Ottensen, Hafenrand und Schanzenviertel.

Um der STEG einen möglichst guten Einstieg zu gewehren, soll dies am Montblanc-Komplex gelingen. Aus dem Grunde hat der Senat Jorzick diesenKomplex an Hand gegeben!

Was dahinter steckt ist klar:

Eine Strategie des Senats ist es, viele Projekte unter ein Dach zu kriegen, um zu verhindern, daa sich der Widerstand im Viertel gegen die Pläne derStadterneuerungsgesellschaft verbreitert. Dazu sichert sich die STEG mit Montblanc die notwendige Akzeptanz im Schanzenviertel. Diese Befriedungsstrategie ist eine "neue" Taktik, die der Senat nach langem Ausspionieren der Stadtteile im WIS-Papier (westliche Innenstadt) von 7/89 festgeschrieben hat.

Soweit erstmal in groben Züge die Einschätzung zur STEG im Bezug auf den Montblanc-Komplex.

Wie ist die Situation der NutzerInnen:

Die Ziele, die hier der Senat verfolgt, sind auch einigen NutzerInnen klar, die gerne in das Montblanc-Gebäude einziehen möchten. Ebenso sind sich einige NutzerInnen darüber im klaren, daa ihr Einzug nur geduldet wird, da der Löwenanteil der Montblanc-Flächen an die Volkshochschule (VHS) vermietet wird. Alle anderen Nutzergruppen hätte die Gebäude ohne die VHS niemals bekommen!

Alle Betriebe, die ins Montblanc-Gebäude einziehen wollen, versprechen sich erstmal nur eine billigere Miete und sind Wirtschaftsunternehmen! Für diese Betriebe ändern sich <u>also erstmal nur die Mietbedingungen,</u> sonst-nichts!

Wie den meisten bekannt sein müate, kommen Teile der NutzerInnen aus dem Widerstand gegen Umstrukturierung bei uns in den VierteIn, z.B. der Flora (alt). Von daher wissen sie um die Funktion der STEG, deren Bedeutung und Zielsetzung gegen uns!

Umgang:

Deswegen finde ich das Niedermachen der Nutzergruppen völlig überflüssig, unsolidarisch und übel!

Übel deswegen, weil sich an dieser Auseinandersetzung mal wieder zeigt, wie der Umgang innerhalb unseren Strukturen abläuft. Es wird nicht mehr diskutiert, was für Gründe gegen einen Einzug - oder für einen Einzug in das Gebäude sprechen könnten, sondern es wird immer hinterm Rücken mal mehr, mal weniger übel intrigiert !

Zu keinem Zeitpunkt hat es eine offene Auseinandersetzung zur Rolle und Bedeutung der STEG, über den Einzug oder Auszug in das Gebäude gegeben.Fruchtbar wäre es in jedem Fall, eine offene Auseinandersetzung mit allen Widersprüchen zu führen, um daran was zusammen klar zu kriegen und daraus unseren gemeinsamen Kampf zu bestimmen.

Keine/r aus unseren Reihen kann sich vorstellen, in irgendeiner Art und Weise mit dem Schweinesystem zu kooperieren. Es sollte in der Auseinandersetzung viel mehr darum gehen, die Punkte herrauszuarbeiten, an denen wir uns an das System verkaufen. Fängt dies bei Ziehen von Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, ABM-Stellen etc. an?

Was alles lassen wir gelten und was nicht?

Um näher an diese Punkte zu kommen, werfen sich für mich folgende Fragen auf:

- Warum können wir nicht ins Montblanc einziehen und dies zu einem Zentrum von uns erklären, um von dort aus gemeinsam unseren Widerstand gegen die STEG zu führen?
- Welche Bedeutung für unseren Kampf hat die Tatsache, daa die STEG derVermieter ist?
- Ist nicht unser Kampf gegen Umstrukturierung und Sanierung ein grundsätzlicher Kampf um andere Wohn- und Lebensziele?
- Für was Kämpfen wir - für die Enteignung oder für billigere Mieten?- Ist es nicht sinnvoll, sich in und an vielen Projekten in den VierteIn zu beteiligen, um die nötige Breite aufzubauen, die wir brauchen, um mit unserem Widerstand Erfolg zu haben?
- Verhindern wir die STEG und die Folgen der Umstrukturierung nur dadurch,daa wir nicht ins Montblanc einziehen?-

Welche Unterschiede gibt es zwischen dem Verhandlungspartner Jorzick unddem direkt verhandeln mit der Baubehörde?

- Welche Rolle spielen die Wohnprojekte und Stattbau etc. in unseren Auseinandersetzung mit der STEG?
- Ist das Ziel der Befriedungspolitik des Senats nicht bei allen Projekten gleich?

Diese und andere Fragen, wo wir z.B. gemeinsam in unserem Kampf hinwollen, gilt es meiner Meinung nach, schnellstens in allen Zusammenhängen zu diskutieren, um gemeinsam zu einer Einschätzung zu gelangen!

Vielleicht werden wir stärker, wenn wir endlich mal wieder diskutieren und aufhören uns gegenseitig fertig zu machen! Es mua unbedingt deutlich werden, wohin wir in unseren gemeinsamen Kämpfen wollen!

Abschlieaend möchte ich sagen, daa es zum jetzigen Zeitpunkt falsch ist, sich weiter mit Jorzick und dem Einzug in das Montblanc-Gebäude zu beschäftigen, solange das Vorhaben zu diesem Zeitpunkt von Teilen aus unseren Zusammenhängen nicht akzeptiert und damit bekämpft wird!

Es mua zuerst die gemeinsame Einschätzung erfolgen, da niemand aus unseren Zusammenhängen im Alleingang gegen das Stimmungsbild in der Szene ankämpfen kann, ohne dabei kaputtzugehen.

KLEINER SCHÄFERKAMP



Wir sind seit dem 18.7.1989 in den Häusern Kl. Schäferkamp 46 A/B.
Seit vier Wochen wohnen wir in den Häusern, in den wenigen noch nutzbaren Räumen. Wir wollen mehere Wohnungen so herrichten, daß wir den Winter dort einigermaßen gut überstehen. Gleichzeitig planen wir das Cafe schnellstmöglich öffentlich zu nutzen. Die Entwicklung gemeinsamer Pläne und die Arbeiten in den Häusern ergeben ebenso wie die extrem beengten Wohnverhältnisse Situationen, die für uns neu sind und uns viel Lernfähigkeit und Offenheit abverlangen.
Zuerst eine kurze Chronologie, bis zur Schlüsselübergabe.
Am 17.9.1988 haben wir die Häuser zum ersten Mal besetzt. Am 18.2.1989 wollten wir eine Brandwache einrichten, die die Gespräche auf der Bezirksebene beschleunigen und die Häuser vor einer "Heißsanierung" schützen sollten. Beide Male wurden wir von den Bullen geräumt. Unsere Aktionen an den Häusern und Gespräche zeigten langsam Wirkung. Anfang April hatte Betonsenator Wagner öffentlich einer prinzipiellen Förderungswürdigkeit für den Kl. Schäferkamp zugestimmt und auch Gelder in Aussicht gestellt. Für die Verhandlungen zwischen SAGA und Stattbau wurde Senatsdirektor Gustavson als Vertreter für die SAGA eingesetzt, da diese sich weigerte, mit Stattbau zu verhandeln. Die Verhandlungen kamen nicht voran, direkt mit uns wurde nie gesprochen. Wir haben am 3.5.1989 die Häuser erneut besetzt und wurden brutal abgeräumt. Doch wir machten weiter und planten ein Straßenfest der Hamburger Häusergruppen vor dem Kl. Schäferkamp. Kurz vor dem Straßenfest (24.6.1989) signalisierte die SAGA ihre Bereitschaft, den Vertrag mit Stattbau schnell abzuschließen. Bis Anfang Juli wurden dann die Verträge zwischen SAGA und Stattbau ausgehandelt und waren unterschriftsreif.
Für den 10.7.1989 forderte Gustavson unvermittelt ein Gespräch mit uns, ohne zu sagen, welchen Zweck es haben sollte. Wir lehnten ab. Nachdem er uns mitteilte, ohne dieses Gespräch würde es keine weiteren Verhandlungen geben, fand am 13.7.1989 dieses Gespräch doch statt. Wir schätzten es nun doch so ein, daß sich sonst die Übergabe der Häuser an uns weiter auf unbestimmte Zeit verzögern würde, - die letzte Hürde -. Am 18.7.1989 fand dann nach dem Vertragsabschluß zwischen SAGA und Stattbau die Schlüsselübergabe an uns statt.

Eine Einschätzung, warum wir die Häuser bekommen haben, ist nur im Rahmen eines gesamtpolitischen Zusammenhangs möglich. Darum haben wir die Chronologie unkommentiert gelassen und gehen jetzt genauer darauf ein:
Wir sehen das Durchsetzen des Kl. Schäferkamps im Zusammenhang mit den staatlichen und privatkapitalistischen Plänebn für die Umstrukturierung von St.Pauli, Altona-Altstadt, Schanzen- und Karolinenviertel. Das wir den Kl. Schäferkamp und die "Rote Flora" scheinbar bekommen haben, soll den Widerstand u.a. gegen die Projekte der Umstrukturierung (z.B. Admiralitätsstr. - Hotelansiedlung, Speicherstadt als Yuppiewohnstadt, Phantom-Theater und Holstenbahnhof, Altonaer Einkaufsstraße, Großkinoprojekt in Wandsbek-Markt, Olympiaplanung etc.) befrieden.
Aber nicht nur wir sollen ruhig gestellt werden, auch die linksliberalen Kräfte in Eimsbüttel haben nun "ihr" Hausprojekt bekommen. Oder warum ist aus diesen Kreisen nichts mehr zum Erhalt der Häuser der Hafenstraße zu hören?!
Ebenso war es dringend notwendig, die wackelige Stellung Wagners innerhalb der SPD zu stabilisieren. Doch klar ist, Wagner ist einer der entschiedensten Gegner politischer Wohnprojekte und einer der Hauptverantwortlichen für die katastrophale Wohnungspolitik in Hamburg. Dies zeigt sich u.a. in seinen dubiosen Machenschaften mit der SAGA und den Wohnungen der Neuen Heimat.
In die Behördenpläne für die Entwicklung des westlichen Innenstadtbereichs passen Wohnprojekte wie wir rein. Wir erfüllen scheinbar ihre Vorstellungen. Wenig Menschen, mit sich beschäftigt, sind überschaubar und leicht kontrollierbar. Wir sollen als Rangruppe unseren platz an einem von ihnen abgewägten Ort erhalten. Eimsbüttel-Süd ist fast fertig durchsaniert und für sie kein Problemgebiet wie das Karo- und schanzenviertel.
Unsere Lage am Kl. Schäferkamp ist keine Investitionsbremse wie die Häuser an der Hafenstraße für ihr Schön-Wohn-Projekt der zukunft. Die Hafenstraße soll weg. Keine andere Aufgabe ist dem Senat und seinem Instrument, der Hafenrand GmbH so wichtig. Die hohen Arbeitslosenzahlen, die schlechten Lebens- und Wohnbedingungen vieler Menschen interressieren den Senat nicht. Sie reden dauernd vom günstigen Investitionsklime, ohne die Auswirkungen **auf die unterschiedlicheBevölkerungsschichten zu benennen.**

Am Kl. Schäferkamp soll der Eindruck entstehen, nicht wir haben die Häuser durchgesetzt, sondern sie wurden uns großzügig über Gespräche gegeben (s. Chronologie der letzten Wochen vor Vertragsabschluß). Die Durchsetzung der Hafenstraße und die Auseinandersetzungen um die "Rote Flora" dürfen sich nicht wiederholen. Daher auch die ultimative Forderung von Gustavson, mit uns zu reden. Wir sollen einschätzbar auf ihrer Verhandlungsebene sein. Gesprächsforderungen von uns wurden ignoriert, stattdessen wurde die Lösung des Problems den Bullen überlassen.
Privateigentum ist ihr höchstes Rechtsgut, bei Besetzungen (z.B. Lama, Klausstr., Keplerstr.) wird es mit Wasserwerfern und Schlägertrupps und einem in ihrem Interesse arbeitenden Justizapparat geschützt.
Mit dem Gespräch haben wir uns auf ihre Ebene begeben. Die Aktionen am Haus seit dem 17.9.1988 (Erstbesetzung) werden von ihnen scheinbar ignoriert. Es darf nicht der Eindruck entstehen, daß es möglich ist, sich auf der Straße zu nehmen was wir brauchen. Der Staat kann es nicht riskieren, daß sein "Fürsorgemonopol" umgangen wird und ihm damit die absolute Kontrolle und Planung über den Bürger verloren geht. Denn auch wenn uns vorgegaukelt werden soll, es wird für alle gesorgt, steckt letztlich hinter aller staatlicher Planung bloß das Interesse, Eigentumsverhältnisse zu stützen. Deshalb müssen sie bestimmen wem wann was zugesprochen wird, um einerseits den Bürger ruhig zu halten und andererseits ihre Planung ungestört durchziehen zu können.
Wir sagen: Nichts wird gut, wenn wir es nicht selber in die Hand nehmen, um unser selbstbestimmtes Leben hier und jetzt zu erkämpfen.
Ein Mittel auf unser Wohlverhalten einzuwirken, sind bei uns z.Zt. die Rücktrittsklauseln bis zum 31.12.1989. Diese besagen, wenn die längst zugesagten Gelder nicht kommen, wird der Vertrag zwischen der SAGA und Stattbau unwirksam. Dies soll auch gelten, wenn die Gelder später nochmal eingestellt werden. Ebenso wie der noch zu schließende Mietvertrag mit uns. Nach wie vor haben wir keinen sicheren rechtlichen Rahmen und natürlich ist die Geldervergabe ein politikum auf der Behördenebene. Damit haben sie sich alle legalen Wege ihres Systems offengehalten, um uns jederzeit wieder rauszusetzen.



STOP EUROPA '92

GEGEN EIN VEREINIGTES EUROPA DES KAPITALS

Vom 7. bis zum 10. September werden in Den Haag, Holland, die European Festivities (EF) stattfinden. Das Ziel dieser EF ist die Promotion der Idee eines vereinheitlichten Europas - Europa '92. Sie finden nicht zum ersten Mal statt. Die Propagandakarawane lief letztes Jahr zum ersten Mal in Brüssel ab. Und in diesem Jahr in Madrid und Hannover. Nicht nur, um "den Bürger" mit der Vorstellung eines vereinheitlichten Europas vertraut zu machen, werden die EF durchgeführt. Auch bieten sie einen guten Anlass für die Durchführung verschiedener Kongresse, etwa für Arbeitgeberverbände, den Nationalen Europäischen Verein und die europäische Handelskammer. Die EF haben also zwei Ebenen. Einerseits das lustige, betörende Spektakel für die "ahnungslosen Bürger", andererseits eine Party für "die Auserwählten", wo die Herren unter sich sind. Ausschließlich für sie zugänglich ist das V.I.P.-Village im Herzen der Stadt, für die Geladenen gibt es eine große Gala, angerichtet in der Antom Philips Musikhalle. Der Bürger darf sich vergaffen an technologischen Ausstellungen und Sportkämpfen (Brot und Spiele). Und die Kinder werden ermutigt, den Allergrößten dieser Welt Briefe zu schreiben für die hungernden Kinder in der sog. Dritten Welt!

Es verspricht ein wirbelndes Propagandafest zu werden. Ein Fest, wobei die Wirtschaft an erster Stelle steht, die multinationale und technologischZusammenarbeit. Ein Fest übrigens, das von den selben Multi's mitfinanziert wird. ein Fest zur Einweihung eines neuen zeitalters: das Zeitalter des Neuen Europa, das Zeitalter eines neuen unaufhörlichen Wachstums und Fortschrittes.

Die Schattenseiten dieses neuen Europas werden sorgfältig nicht erwähnt. Dennoch wird es für viele Leute gar keinen Grund zum Feiern geben; für sie wird das neue Europa eher eine Verschlechterung ihrer Situation bedeuten. Das neue Europa steht nämlich auch für: frontaler Angriff auf die Situation der Ausländer und Flüchtlinge; tiefe Eingriffe in die Arbeitsverhältnisse wie etwa die Zunahme der Teilzeitarbeit, Arbeit auf Abruf, Heimarbeit usw.; Zunahme der Personenkontrolle mittels Verkehrskontrolle, EDV-Anlagen wie etwa das Schengen-Informations-System (?); Abbau des Sozialstaates usw.

Ohne auch nur irgendwelchen Anspruch auf Vollständigkeit ist diese Aufzählung eine unmißverständliche Indikation für die weitreichenden Folgen eines neuen Europas, nicht nur im europäischen Rahmen sondern auch auf mondialer Ebene. Namentlich die Position der sog. Dritten Welt wird weiter ausgehöhlt durch die Schaffung einer dritten Supermacht.



saboteer hun plannen!
verdedig de panden!
tesselschadestr.7+9 blijft!

Dies alles reicht uns, um diese Party nicht reibungslos über die Bühne gehen zu lassen. Und deshalb hat sich in Den Haag die Initiativgruppe gegen die EF gebildet, die dem ganzen Propagandazirkus etwas entgegenstellen will.

Das erste Hauptanliegen ist rein informativ. Wiederholt stellt sich heraus, daß Gruppen und Einzelpersonen wenig oder gar keine Ahnung von dem haben, was uns allen bevorsteht. 1992 ist noch weit entfernt und vieles noch gar nicht so genau abgeklärt.... Dennoch sind die Vorbereitungen voll im Gang; der Widerstand aber steht erst am Anfang. Das Bild eines immer schneller vorwärts gehenden und nicht mehr zu bremsenden Prozesses der Vereinheitlichung vermittelt ein Gefühl der Ohnmacht, "der Zug ist schon längst abgefahren...". Gerade dies wollen wir zu durchbrechen versuchen; vorerst durch sachgerechte Information, vermittelt etwa in Vorträgen, die jeweils einen spezifischen Aspekt der Vereinheitlichung breit auleuchten; im weiteren ist Mitte August eine einmalige, landesweite Zeitung über das Neue Europa geplant; auch wird zur Zeit ein alternativer Informationsmarkt vorbereitet, als Antwort auf die Einverleibung des traditionellen Informationsmarktes des "Voorhoutfestivals" in die EF.

Ein zweites Anliegen ist eine breite und kontinuierliche Bewegung gegen Europa '92 zu initiieren, Gruppen und Einzelpersonen, die auf irgendwelche Art und Weise sich mit Europa '92 auseinandersetzen, zusammenzubringen. Im In- und Ausland beschäftigen sich sich zahlreiche Gruppen mit Europa '92, namentlich die Ausländer- und Flüchtlingsgruppen. Nach außen hin passiert aber zu wenig und alles zu vereinzelt. die Aktionen und Gegenveranstaltungen anläßlich der EF sollten eine erste Möglichkeit zur größeren Zusammenarbeit dieser Gruppen uind Einzelpersonen geben.

Dies ist unbedingt wichtig, wenn der Widerstand gegen Europa '92 eine konkretere Gestalt und eine Vertiefung seiner Inhalte erhalten soll. Die breite Bewegung des Widerstandes soll nicht an erster Stelle quantitativ, aber auf Grund klarer gemeinsamer Ansätze wachsen.

Das Programm:

Wir fangen mit unserem Programm schon am 6. September an. Es gibt zwei Gründe, um einen Tag eher anzufangen:
1. Wir werden so nicht gleich mit den EF auf einen Haufen geschmissen und bokommen mehr eigene Publizität.
2. Wir finden es wichtig, schon vor der Demo am 7. September deutlich zu machen, wo es für uns drum geht, was unsere inhaltliche Kritik an "Europa '92" ist.

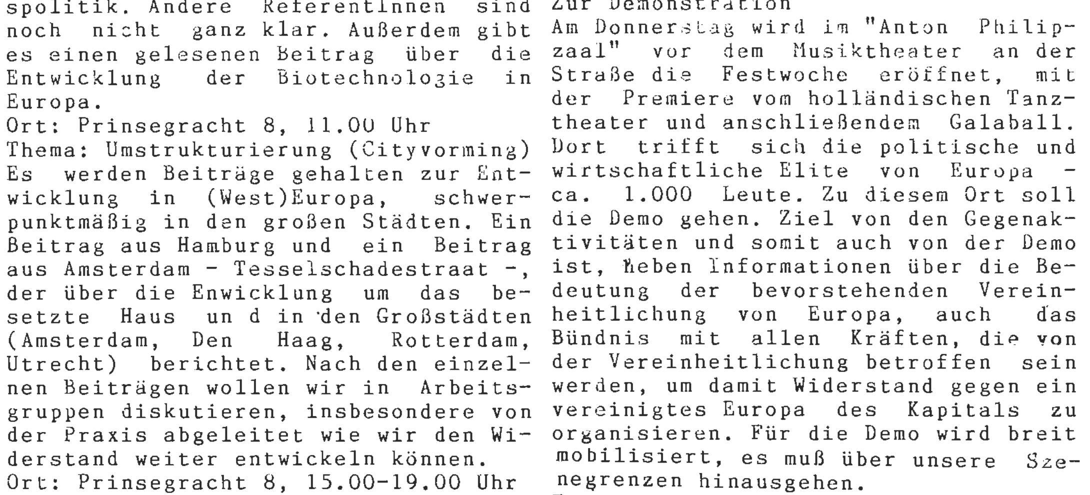
Mittwoch 6. September
Auftaktgroßveranstaltung; hier wird es hauptsächlioch um den wirtschaftlichen Aspekt von "Europa '92" gehen. Ort: "Het Paard", Prinsegracht 12, um 20.00 Uhr

Donnerstag 7. September
Offizielle Eröffnung der EF im Riddersaal mit geladenen Gästen am Nachmittag. Abends dann die Großdemonstration um 18.00 Uhr (näheres zur Demo weiter unten)

Freitag 8. September
Internationales Treffen zur Nachbereitung der Demo und Diskussion über weitere gemeinsame Perspektiven um 10.00 Uhr, Ort: ?
Thema: Flüchtlings- und Asylpolitik
Es werden verschiedene Beiträge von Emigranten gehalten, über die ökonomischen Hintergründe von Flüchtlingen, womit sie flüchten, warum sie flüchten, wie es ist, als Illegale/r leben zu' müssen und wie politische Flüchtlinge sich untereinander trotzdem organisieren, um weiterzukämpfen. Nach den Beiträgen wollen wir weiterreden und in kleinen Gruppen arbeiten. Insbesondere wollen wir darüber reden, wie verschiedene Gruppen besser zusammen arbeiten können. Und natürlich, wie wir uns den Widerstand in den nächsten Jahren gegen die Asylp olitik von Europa vorstellen können.
Ort: Prinsegracht 8, 14.00-18.00 Uhr
Thema: Justiz und Repression
In den verschiedenen Beiträgen sollen auf u.a. die "Schengenakkard" (?) und Einrichtungen um den Knast und in der Psychiatrie eingegangen werden.
Ort: Prinsegracht 8, 20.00-22.00 Uhr

Samstag 9. September
Thema: Bevölkerungspolitik und Bio- und Gentechnologie
Iyotona Gupta wird auf jeden Fall einen Vortrag halten über Bevölkerungspolitik. Andere ReferentInnen sind noch nicht ganz klar. Außerdem gibt es einen gelesenen Beitrag über die Entwicklung der Biotechnologie in Europa.
Ort: Prinsegracht 8, 11.00 Uhr
Thema: Umstrukturierung (Cityvorming)
Es werden Beiträge gehalten zur Entwicklung in (West)Europa, schwerpunktmäßig in den großen Städten. Ein Beitrag aus Hamburg und ein Beitrag aus Amsterdam - Tesselschadestraat -, der über die Enwicklung um das besetzte Haus un d in den Großstädten (Amsterdam, Den Haag, Rotterdam, Utrecht) berichtet. Nach den einzelnen Beiträgen wollen wir in Arbeitsgruppen diskutieren, insbesondere von der Praxis abgeleitet wie wir den Widerstand weiter entwickeln können.
Ort: Prinsegracht 8, 15.00-19.00 Uhr

Neben den verschiedenen Diskussionen/Plenas wird es noch verschiedene kleinere und größere Aktionen geben. Wir erwarten auch viele Menschen aus dem Ausland. Mit einigen wird es eine internationale Diskussion über "Europa '92" geben. Tag, Ort und Zeit werden noch bekannt gegeben.





Zur Demonstration
Am Donnerstag wird im "Anton Philipzaal" vor dem Musiktheater an der Straße die Festwoche eröffnet, mit der Premiere vom holländischen Tanztheater und anschließendem Galaball. Dort trifft sich die politische und wirtschaftliche Elite von Europa - ca. 1.000 Leute. Zu diesem Ort soll die Demo gehen. Ziel von den Gegenaktivitäten und somit auch von der Demo ist, neben Informationen über die Bedeutung der bevorstehenden Vereinheitlichung von Europa, auch das Bündnis mit allen Kräften, die von der Vereinheitlichung betroffen sein werden, um damit Widerstand gegen ein vereinigtes Europa des Kapitals zu organisieren. Für die Demo wird breit mobilisiert, es muß über unsere Szenegrenzen hinausgehen.
Es ist also an uns, deutlich zu machen, was der politische Inhalt von unserer Demo ist und wogegen es gerichtet ist. Dabei müssen wir immer bedenken, wie wenig Menschen etwas wissen über die Folgen von der europäischen Einheit und welche Interessen dahinterstehen.
Es soll eine große und breite Demo sein. Die EF müssen eine glatte und perfekte Propagandashow werden, womit auch die Stadt Den Haag europäisch anerkannt werden muß. Was das betrifft stehen sie schon vor ein paar Problemen. Auf der einen Seite muß die europäische Elite be- und abgeschirmt werden und nicht mit unserer Demo konfrontiert werden. Auf der anderen Seite gibt es Schwierigkeiten in der Innenstadt (verkaufsoffener Abend), wenn die Bullen gegen die Demo auftreten. Auch nicht gerade vorteilhaft für das Image und die Festtage, die danach folgen sollen. Es kann sein, koste es was es wolle, daß sie versuchen werden, die Demo aus der Innenstadt fernzuhalten, die Demo also irgendwo festhalten und/oder verhindern wollen. Wir haben einen Ort für den Anfang gemacht, wo es schwierig für sie wird, die Demo zu verhindern und wenn sie es doch probieren, viele Menschen drum herum sein werden.
Um eine gelungene Dome draus zu machen, ist es wichtig, daß einzelne Städte oder andere Strukturen über die Demo reden und Menschen organisiert hingehen und untereinander Absprachen treffen. Anfang ist um 18.00 Uhr, damit Menschen, die arbeiten, auch kommen können. Es werden aus der Demo heraus keine Angriffe gemacht, auch wenn es viele "anziehende" Objekte entlang der Route gibt. Dies weil die Auswirkungen davon unvorstellbar sind: mit soviel Menschen auf der Straße (verkaufsoffener Abend) und zweifellos aufgeputschten Bullen. Die Demo geht durch die Innenstadt zum Musiktheater, wo wir einige Zeit bleiben werden für Redebeiträge und um die Elite damit zu konfrontieren, daß uns ihr Europa nicht paßt. Danach gehen wir zum Malieveld, wo wir die Demo auflösen. Später am Abend gibt es in der Stadt noch verschiedene Treffpunktenmit Musik, essen und trinken etc. Während der Demo wird für einen Ermittlungsausschuß, Sanis etc. gesorgt sein. Wenn alles gut geht, gibt es auch ein Radio "in der Luft".

TeilnehmerInnen an den Aktivitäten und Veranstaltungen gegen Europa '92 können über folgende Adresse Kontakt aufnehmen (für Lokalitäten und Übernachtungsmöglichkeiten wird vorgesorgt):
INITIATIEFGROEP TEGEN EF'89
Postfach 10233
Den Haag, Holland
Postscheckkonto 3442401 / "de zwarte"
betr.: EF '89

Was wahr ist wird auch in Zukunft geschrieben, gesetzt, gedruckt und vertrieben

Verordnete Nachrichtensperre oder selbstauferlegte Zensur sind ein gewohntes Bild in der BRD-Presselandschaft geworden.

Wir, das sind alle diejenigen, die als HerstellerInnen, ErstellerInnen und VerteiberInnen von Gegeninformation direkt, indirekt und in Zukunft auf jeden Fall betroffen sind. Deshalb wollen wir hier nochmals auf den §129/129a und seine Auswirkungen eingehen.

Wir werden weiterhin uns dafür einsetzen, daß notwendige Diskussionsgrundlagen öffentlich gemacht werden.

Wir wollen der Einschüchterung und Abschreckung durch die 'Gummiparagraphen' 129/129a und 130a entgegenwirken, indem wir solidarisch untereinander und solidarisch mit all denen sind, gegen die der Staat das bekannte Arsenal seiner Unterdrückungsmaßnahmen einsetzt.

Vor über 100 Jahren ...

...wurde der §129 ins Reichsstrafgesetzbuch neben anderen 'Staatsschutzartikeln' aufgenommen. Die Befürworter erklärten damals, er richte sich gegen „ganz gewöhnliche organisierte Kriminelle". Zusammen mit den 'Sozialistengesetzen', insbesondere das Gesetz gegen die „gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" (1878) wurde die gesetzliche Grundlage geschaffen, den/die politischen GegnerInnen zu kriminalisieren aber auch die Verbreitung oder nur die Diskussionen „staatsfeindlicher Inhalte" zu unterdrücken. So wurden 1885 sämtliche TeilnehmerInnen eines Sozialistenkongresses in Kopenhagen vom Reichsgericht verurteilt. Der §129 überdauerte die Weimarer Verfassung und diente während dieser Zeit vor allem der Verfolgung der KPD die kurzzeitig verboten wurde.

Die praktizierte Ausdehnung des Begriffes 'Staatsfeind' ins Uferlose erlaubte ein hemmungsloses Gesinnungsstrafrecht: VerlegerInnen, RedakteurInnen, AutorInnen, DruckerInnen und SetzerInnen kommunistischer Schriften aber auch Buchläden wurden wegen „literarischen Hochverrats" bestraft und verfolgt.

Die Gefangenenhilfsorganisation 'Rote Hilfe' wurde als „staatsfeindliche Verbindung" betrachtet und ihre Mitglieder verfolgt, deren öffentliche Veranstaltungen wurden verboten.

Im „neuen Staatsschutzrecht" 1951 wurde der §129 verschärft, erstmals wurde jetzt auch die Unterstützung einer „kriminellen" Vereinigung unter Strafe gestellt. Unterstützung ist, wie der BGH formulierte „zur Täterschaft verselbstständigte Beihilfe", d.h., daß selbst völlig legale Akte praktischer Solidarität mit Mitgliedern illegaler Organisationen nach §129 verfolgt werden. 1954 wurden z.B. AnhängerInnen der KPD verurteilt, nur weil diese bereit waren, TeilnehmerInnen-Anmeldungen für das zweite Deutschlandtreffen der FDJ (Jugendorganisation der KPD) zu Pfingsten 1954 entgegenzunehmen. Damit genügte für eine Unterstützungshandlung die bloße Bereitschaft, für eine verbotene Vereinigung „werbend" tätig zu werden.

Nach der Zerschlagung der KPD (1956) wurde der §129 seines ursprünglichen Anwendungsbereiches, nämlich der Kommunistenverfolgung, beraubt.

Und dann ...

... mit dem Aufkommen neuer Organisationsstrukturen innerhalb der Linken Ende der 60er Jahre, ausgelöst durch die Auseinandersetzungen über Hierarchie und Autorität, gewann der 'Staatsschutzparagraph' 129 wieder an Bedeutung. Es ging einerseits darum, diejenigen Teile des Widerstandes, die nicht zu befrieden und zu integrieren waren, immer häufiger mit Strafprozessen zu belegen. Andererseits war die schwammige Auslegungsmöglichkeit des §129 ideales Instrument, die oft katastrophale Beweisnot in den beginnenden Strafverfahren gegen den bewaffneten antiimperialistischen Widerstand auszugleichen.

In dieser Phase der allgemeinen „Terroristenhetze", hochstilisiert durch die bürgerliche Presse, wurde 1976 der §129a geschaffen. Inhaltlich unterschied er sich kaum vom §129. Das Wort 'kriminell' wurde durch 'terroristisch' ersetzt, um politische Inhalte und Ziele zu verkleistern und politisch motivierte Aktionen als undifferenzierten Aktionismus zu diffamieren. Die Bezeichnung 'terroristisch' machte es möglich, jede 'Maßnahme' zu rechtfertigen, um die politischen GegnerInnen zu vernichten (Isolationsfolter ...). Zu den Straftatbeständen des Gründens, Unterstützens und der Mitgliedschaft wurde nun auch das 'Werben' hinzugefügt. *„Werben im Sinne von §129a heißt nicht Mitgliederwerbung, sondern Sympathiewerbung als Propaganda..."* (Rebmann, September 1979).

Diese Auslegung zielte zum einen darauf ab, Veröffentlichungen von Anschlagserklärungen und Texten in Zeitungen zu verhindern, andererseits ging es gegen Gruppen, die sich mit der Situation der Gefangenen in den Knästen beschäftigten. So wurden 1979 4 DruckerInnen (AGIT-Berlin) zu 12 bzw. 9 Monaten Knast verurteilt für die Herstellung einer Zeitung ('Info-BUG-'), in der Erklärungen von RAF, Bewegung 2. Juni und Revolutionäre Zellen erschienen. Weiterhin gab es Verfahren gegen Angehörige und RechtsanwältInnen von Gefangenen weil sie Haftbedingungen kritisiert oder Erklärungen von Gefangenen veröffentlicht haben sollen. Die gesprühten Buchstaben 'RAF' reichten für monate-



lange U-Haft. FlugblattverteilerInnen während des Hungerstreiks 1981 wurden bis zu 1 1/2 Jahren ohne Bewährung verurteilt.

Zunehmend rückten nun auch die inzwischen entstandenen Aktivitäten, wie Hausbesetzungen, gegen die Startbahn-West, Initiativen gegen Munitionstransporte, Wendland, Wackersdorf, Brockdorf u.a. ins Interesse der 'Staatsschützer' - überall dort, wo sich der Widerstand inzwischen radikalisiert hatte und Militanz eine breitere Akzeptanz fand.

Die Antwort des Staates darauf war Ende '86/'87 eine erneute Ausdehnung des Staftatenkataloges des §129a wie z.B. „gefährlicher Eingriff in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr", „Störung öffentlicher Betriebe" und „Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel". So blieb das Umlegen eines Strommastes oder Schienenblockaden nicht weiter nur Sachbeschädigung, sondern konnte als „terroristische Straftat" verfolgt werden. Zugleich hatte der Staat sich damit präventiv Handhabe gegen Streikaktionen und Blockaden von Zufahrtswegen zu Betrieben (z.B. Rheinhausen) geschaffen.

Führte nun eine Flut von Ermittlungsverfahren nach §129a zwar nur zu ganz wenigen Verurteilungen (zwischen 1982 und 1985 führen lt. polizeilicher Kriminalstatistik 94% der Ermittlungsverfahren zu keiner Anklage), so sollte der §129a zumindest einschüchternd und spaltend wirken.

Neben den bisher aufgezeigten Funktionen soll der §129a insbesondere eine präventive Wirkung haben. Mit diesem Instrument soll die Repression verinnerlicht werden - Selbstzensur soll einsetzen bevor die 'Staatsschutzbehörden' überhaupt eingreifen müssen. Die Diskussion über Ziele und Inhalte des bewaffneten Widerstands und militanten Aktionsformen soll verhindert werden. Es wird versucht, inhaltliche Auseinandersetzungen innerhalb der Linken in Form von Veranstaltungen und Veröffentlichungen unmöglich zu machen. Genau die Zeitungen, Broschüren und Bücher werden angegriffen, die sich eben diese Auseinandersetzungen zum Thema machen.

Eines von mittlerweile mehreren Beispielen ...

„... des Angriffs durch /über den §129a in Hamburg auf uns, sind die Kriminalisierungs- und Einschüchterungsversuche, sowie die Verfahren gegen Einzelne, die vermeindlich etwas mit dem 'Sabot' (Hamburger Infosammlung) zu tun haben sollen.

Gerichtet gegen „die unbekannten Verfasser, Hersteller und Vertreiber... ", sowie „... die Verantwortlichen". Dabei zielt der Angriff zum einen (und letztendlich) auf das Sabot' selbst, um unsere Kommunikationsstruktur zu treffen. Zum anderen als Spaltung. Es werden bestimmte Inhalte (z.B. Zusammenlegung) zum Anlaß der Ermittlungen herausgepickt. Als Versuch, entsprechend einer eigenen „Schere im Kopf", wegen der Bedrohung, von bestimmten Veröffentlichungen Abstand zu nehmen. Die Nichtveröffentlichung der gemeinten Inhalte soll zur Entsolidarisierung führen.

Die dritte Ebene ihres Angriffes auf unsere Strukturen ist der Kriminalisierungs-Tango, der Buchläden und Druckereien betrifft. Dabei geht es dann um alle auf ihren (Zensur) Index stehenden Texte, Druckschriften, Bücher, etc.. Immer wieder führt die Repression zu Durchsuchungen und Beschlagnanmungen.

Im Zusammenhang mit 'Sabot' gibt es diverse Verfahren gegen Verantwortliche (GeschäftsführerInnen) von Buchläden, sowie Einzelpersonen: Der Frauenbuchladen in der Bismarckstraße, sowie die Privatwohnung einer Frau, die mit dem Buchladen was zu tun hat, wurde durchsucht. Es gab zwei Hausdurchsuchungen bei dem jetzt verurteilten Fritz Storim. Die Buchläden 'Gegenwind' und 'Schwarzmarkt' wurden ebenfalls durchsucht. Es gibt Verfahren gegen die Buchläden 'Osterstraße' und 'Café und Buch'.

... und zwar betreffen dabei, was die Buchläden angeht, die Ermittlungsverfahren jeweils eine andere Nr. (Ausgabe).

So hatte z.B. der Buchladen 'Gegenwind' ein Verfahren wegen der Nr. 20, dies ist eingestellt worden. Dafür hat jetzt 'Café und Buch' ein Verfahren wegen der Nr. 20 (Zufallsfund bei einer Durchsuchung wg. 'E-colibri' Nr. 4).

Beim Frauenbuchladen ist es die Nr. 14, bei der 'Osterstraße' die Nr. 22, beim 'Schwarzmarkt' die Nr. 21 ....

Um allerdings zu einer umfassenden Einschätzung zu kommen, was dies alles bedeutet, müssen die jeweiligen Verfahren und Prozesse gegen die geschäftsführenden Verantwortlichen noch analysiert werden. Die Kriminalisierung schafft immer neue Möglichkeiten der Repression, denen wir entgegentreten müssen. Das 'Sabot' ist hier nur bezügl. der gewollten Unterdrückung das Mittel zum Zweck."

Ende 1987/Anfang 1988 wurde der Begriff der 'anschlagsrelevanten Themen' konstruiert. Diese Themen umfassen alle Bereiche, in denen Anschläge gelaufen sind oder laufen könnten (Flüchtlingspolitik, Gentechnologie, Sextourismus...). So rückt schon allein die Beschäftigung mit diesen Themen eine/n in die Nähe der 'TäterInnenschaft' ... .

Und nu ...

Gegen die linken Medien wird der §129a also in erster Linie als Zensur-Paragraph eingesetzt. Zwar findet „eine Zensur" staatsfeindlicher Schriften „nicht statt", dafür wird die Herstellung und Verbreitung dieser Schriften zur „Sympathiewerbung als Propaganda" erklärt und unter Strafe gestellt. Dabei ist der §129a so weit und schwammig gefaßt, daß er sich unbegrenzt als Zensurinstrument gegen jedes unliebsame Druckerzeugnis einsetzen läßt. Wurden gestern die VerbreiterInnen der Erklärungen bewaffnet kämpfender Gruppen verfolgt, soll heute bereits die Publikation „anschlagsrelevanter Themen" strafbar sein. Es werden sich also alle, die sich kritisch mit Staat und Gesellschaft auseinandersetzen, mit den §129a konfrontiert sehen. Und umso mehr wird die Zensur mit dem §129a greifen, wie die Betroffenen sich zensieren, d.h. sich das Recht nehmen lassen, **in aller Öffentlichkeit** all das zu schreiben, zu setzen, zu drucken und zu verbreiten, was wahr ist und publiziert werden muß.

Wir erklären, daß wir auch weiterhin jedes für uns wichtige Thema und Inhalt mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln der öffentlichen Diskussion zugänglich machen werden.

Weder werden wir uns ohne Widerstand kriminalisieren noch uns in die Illegalität treiben lassen.

Wir fordern alle Medien auf, sich einer breiten Kampagne gegen den §129/§129a und §130a anzuschließen.

Die Freiheit der Schrift und des Wortes ist nicht garantiert, sie muß erkämpft werden. Schließen wir uns in diesem Kampf zusammen!

UnterzeichnerInnen, Stand 5.6.89

Aus Hamburg: Café und Buch; confrontdruck; Die Druckerei, Buchladen; Druckerei in St. Pauli; Druckerei Zollenspieker; E.coli-bri, Zeitung; Edition Nautilus, Verlag; Frauenbuchladen; Gegenwind, Buchladen; Hein und Co., Druckerei; Hinterhof Druckerei; IKA, Zeitung für Kulturaustausch; Infoladen Schwarzmarkt; Männerschwarm, Buchladen; Nautilus, Buchladen; Neues Schanzenleben, Zeitung; Papierverarbeitung S. Beck; Radio St. Pauli; Sabot, Hamburger Infosammlung; Satz und Repro Kollektiv; Ulla Penselin, Satz; Verlag Libertäre Assoziation; **Bielefeld:** AJZ, Druck und Verlag; Buchladen Eulenspiegel; Infoladen 'Anschlag'; **Berlin:** Agit-Druck; Aurora-Buchhandlung; Aurora-Verlagsauslieferung; Edition ID-Archiv; Edition Kalter Schweiß; Öko Dorf, Kommunikationszentrum; **Bochum:** AufRuhr, Zeitung; **Bochum-Hamme:** Druckladen; **Braunschweig:** Demokratische Sozialisten, Bundesverband; **Bremen:** Bremer BI gegen Atomenergieanlagen/Infoladen und Büro; Verlag Roter Funke; **Darmstadt:** Bunte Hilfe; Druckwerkstatt Kollektiv; **Düsseldorf:** Bibabuze, Buchhandlung; **Frankfurt:** Redaktionskollektiv Kriminalisierungsrundbrief; **Freiburg:** Tilia-Druck; **Göttingen:** Aktiv Druck; 'Atom'-Redaktion; Buchladen Rote Straße; Grün-Alternative Liste, Ratsfraktion; **Hannover:** Annabee-Buchladen; **Heidelberg, Nürnberg, Kassel, Südwest, Rhein-Main:** Contraste Redaktionen; **Husum:** Ecke 13, Buchladen; **Kassel:** Gestochen scharf; Stattzeitung + Verlag; **Karlsruhe:** Der Raabe, Buchhandlung; Druckkooperative; **Kiel:** Einblatt-Druckerei; Hansadruck; Magazin Verlag; Redaktion 'BRD und Dritte Welt'; Redaktion Gegenwind; Rote Hilfe, Bundesvorstand; Verlag FrühlingsErwachen; Zapata Buchladen; **München:** Gruppe 2, film, video, doku, texte archiv; Ulenspiegel Druck; **Münster:** Anti-Atom Aktuell; 'Schamlos', Frauenzeitung; Stadtblatt; Umweltzentrum e.V., Ladengruppe; **Mutlangen:** Pressehütte; **Oberursel:** Blätterwald, Verbrieb umweltfreundl. Produkte; Werkdruck; **Offenburg:** Druckwerkstatt Rheinau; Phantasia, Buchladen; **Osnabrück:** Arbeitslosen Selbsthilfe e.V. (ASH); **Regensburg:** Kartenhaus Kollektiv; **Saarbrücken:** Blattlaus, Druckwerkstatt; **Schorndorf:** Buchhandlung Galerie Spektrum; Windhueter Kollektiv; Windhueter Druck; **Siegen:** Bücherkiste, Buchhandlung; **Stuttgart:** Graphische Werkstatt; Infoladen Märikestraße; Medien und Veranstaltungstechnik; Unterstützungskomitee Uli Winterhalter; **Wuppertal:** Druckwelle; Infoladen Brunnenstraße; Umbruch, graph. Weiterverarbeitung.

Brief an die Gefangenen und aktuelle Informationen über die Haftbedingungen

Zusammenlegungsplenum HH-Altona
Zeißstr. 28
2000 Hamburg 50

An die Gefangenen, die sich am Hungerstreik beteiligt haben!

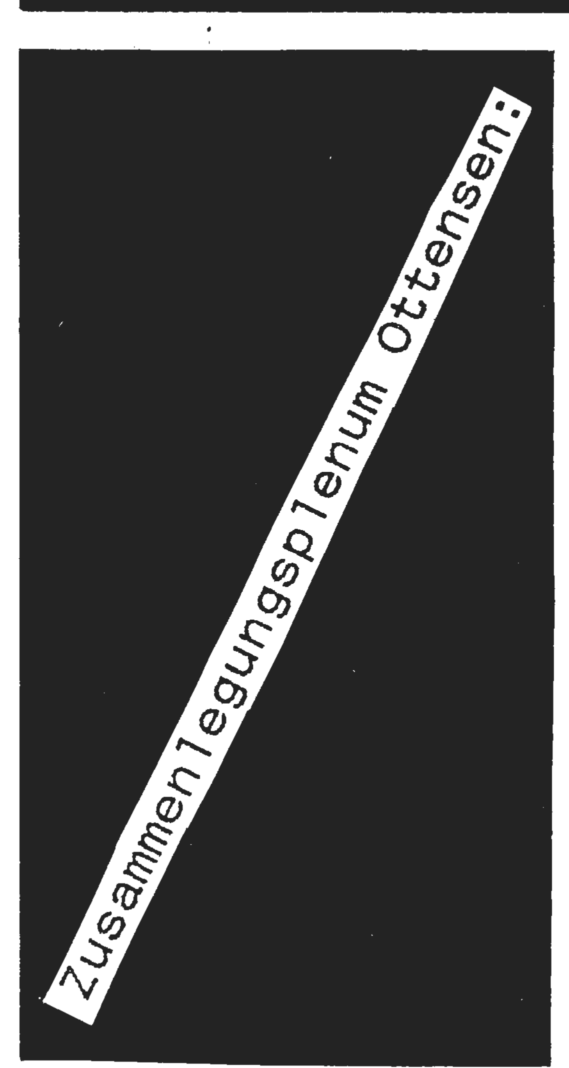
Wir sind eine Gruppe von Leuten, die sich während eures Hungerstreiks zusammengetan haben. Ziel war, mit möglichst vielen Menschen aus dem Stadtteil (Hamburg- Altona) praktische Solidarität zu entwickeln. Angefangen haben wir als kleine Gruppe, bestehend aus Mitgliedern der DKP-Altona, Mitgliedern der GAL-Altona, und Autonomen aus verschiedenen Zusammenhängen in Altona. Wir haben dann eine Veranstaltung im Stadtteil gemacht, zu der ungefähr 150 Leute kamen. Das gute an der Veranstaltung war, daß nicht nur Leute zusammenkamen, die sich sonst sowieso immer auf Terminen treffen, sondern daß wir da ein ziemlich bunter Haufen waren. Es gab ein ziemlich starkes Informationsbedürfnis. Im Gegensatz zu der sonst üblichen Erfahrung, daß viele nach dem vorbereiteten Teil der Veranstaltung nach Hause gehen, fing die Diskussion dann erst richtig an: Was ist uns möglich, um den Streik zu unterstützen? Aus dieser Diskussion entwickelte sich die Idee, das örtliche CDU-Büro zu besetzen. Diese Aktion bereiteten wir in den folgenden anderthalb Wochen im Kreis der Veranstaltungsteilnehmer vor. Als wir zur Tat schreiten wollten, wußten die CDU-ler leider schon Bescheid, ca. 60 Leute standen vor verschlossener Tür und die Bullen waren sofort da. Spontan wurde eine Demo zum Spritzenplatz durch die örtliche Konsumrennbahn beschlossen, aber nach kurzer Zeit von der Staatsmacht eingekesselt und zwei Drittel der Leute zur Personalienfeststellung zur Wache verfrachtet. Die anfängliche Offenheit der Diskussion, wo jede/r (unterschiedlich) seine Position bestimmen konnte, führte in unserer **gemeinsamen praktischen** Erfahrung dazu, daß wir hinterher stärker waren und weitermachen wollten, obwohl die Besetzung nicht geklappt hatte und das Ziel so nicht erreicht war.
Auch jetzt nach Abbruch eures Hungerstreiks treffen wir uns noch weiter. Allerdings ist der Kreis kleiner und vertrauter geworden. An dem Punkt, was ist die Situation, wie können wir weiter machen, haben wir erstmal viele Fragen unter uns angesprochen.

Nach der Unterbrechung von Karl-Heinz und Christa machte sich Ratlosigkeit breit. Uns war klar, daß die breite Unterstützung des Streiks bisher nicht ausgereicht hatte (ganz offensichtlich), aber wir konnten keine Vorstellung entwickeln, wie wir den Druck schaffen könnten, der die Forderungen durchsetzt. Es fehlte auch während der ganzen Dauer des Streiks die Vernetzung der politischen Diskussion: Wie ist die Situation? Wie gehen wir darauf ein? Was haben einzelne Gruppen, Zusammenhänge diskutiert? Haben sie diskutiert? - Es gab so etwas, **zumindest** eine zeitlang, wie "operative Hektik".

Die Demo in Bonn war extremer Ausdruck dieser Situation. Bei uns gab es keine Diskussion über die Demo. Die Berichterstattung über den Streik begrenzte sich auf das Hick-Hack um die Demo, Gretchenfrage wird der Osterapell, auf der Kundgebung spricht eine Rednerin von "politisch motivierter Kriminalität". Wozu dann vorher die ganze Auseinandersetzung, wenn wir einerseits auf der Straße weitgehend auf unser Spektrum begrenzt bleiben, andererseits auf der Kundgebung eine spricht, die von der politischen Aussage her durchaus den Osterappell mit hätte unterzeichnen können?
Wir sind auf die "Frage" der Militanz gekommen. Mehr militante Aktionen? Hätten sie den Druck erhöhen können? Hätte sich daran das breite Spektrum der UnterstützerInnen gespalten? War die Befürchtung der Spaltung der Grund, warum relativ wenig militante Aktionen gelaufen sind? Hätte das in das Kalkül der Herrschenden gepaßt? Alles Fragen, die wir jetzt angefangen haben zu diskutieren. Diese Diskussion jedenfalls wollen wir, und wir wollen sie mit euch führen eine Diskussion auch über den Streik hinaus. Denn auch wir empfinden es so, wie es Eva in ihrem Brief zum Streikabbruch geschrieben hat, daß sich die Fragen zwingend überall stellen: "Wie können die Interessen der **Menschen** gegen diese Macht durchgesetzt werden?.... Wie sehen die Wege und Perspektiven aus?"
Wir schreiben diesen Brief als offenen Brief und begreifen das als Anfang bzw. Fortsetzung einer breiten gesellschaftlichen Diskussion um unsere Zukunft, in der ihr Teil seid. Unsere Vorstellung geht in die Richtung, daß wir diese Diskussion öffentlich führen, eben mit allen, die die Interessen der Menschen durchsetzen wollen, und auch über die Mobilisierung gegen die Haftbedingungen hinaus, weil nämlich die Frage, wie es möglich ist, den Druck zu erzeugen, der die Zusammenlegung durchsetzt, auch die Frage um uns ist.

Dieser Brief wird an alle Gefangenen verschickt, die sich an dem Hungerstreik beteiligt haben. Wir wollen ihn und die Antworten veröffentlichen, um die Diskussion über die Haftbedingungen öffentlich zu führen und mehr Leute zu mobilisieren, euch zu schreiben. Klar ist, daß wir nicht euch allen schreiben können, euch trotzdem aber unsere solidarischen Grüße und weiter viel Kraft wünschen.

Zusammenlegungsplenum Altona



Wer wir als Gruppe sind, geht soweit erstmal aus dem voranstehenden Brief hervor. Den Brief selber haben wir in verschiedenen Zeitungen veröffentlicht und an alle Gefangenen geschickt, die sich am letzten Hungerstreik beteiligt haben. Wir haben ihn zum einen deshalb geschrieben, weil für uns während und nach dem Hungerstreik viele Fragen aufgetaucht sind, über die wir mit den Gefangenen eine Auseinandersetzung wollen, und wir zum anderen an einer der Forderungen, nämlich der nach freier Kommunikation, konkret weiter arbeiten wollen. Was natürlich nicht heißt, den Kampf um die Durchsetzung der anderen forderungen aufzugeben. Letztlich ist die Zusammenlegung die elementare Grundlage für z.B. die freie Kommunikation, der zwischen drinnen und draußen und der zwischen den Gefangenen untereinander.
Wir haben schon eine Menge Post zurück gekriegt. Die Resonanz der Gefangenen auf unsere Überlegungen ist durchgängig positiv. Das finden wir toll!!!
Auf der anderen Seite haben wir von den Gefangenen Mitteilungen bekommen, daß sie den Brief nicht erhalten haben. Von einigen wissen wir, daß Anhalteverfügungen bestehen, z.B. wurden sämtliche Briefe, die über das OLG Stuttgart gehen, mit der im Wortlaut gleichen Begründung angehalten.



Anhalteverfügung in Kasten

OBERLANDESGERICHT STUTTGART
- 5. Strafsenat -

Verfügung vom 10. Juli 1989

Eingegang
13. Juli 198
Erledigt:..........

in der Strafsache gegen

Luitgard H o r n s t e i n

wegen mitgliedschaftlicher Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung u.a.

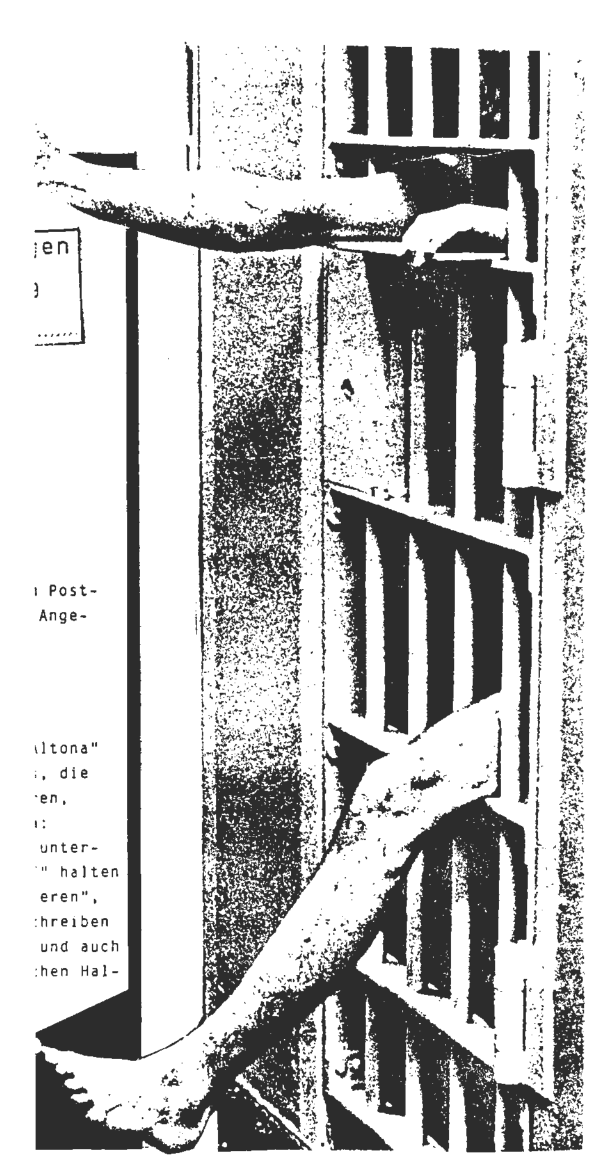
Das Schreiben des Zusammenlegungsplenums HH-Altona mit dem
stempel vom 29.6.89 wird angehalten. Es wird zur Habe der
klagten Hornstein genommen.

G r ü n d e :

Der Inhalt des Schreibens des "Zusammenlegungsplenums HH-A
weist die Absender als Anhänger terroristischer Kreise aus
während des letzten "Hungerstreiks" der "RAF" bestrebt war
"praktische Solidarität" zu entwickeln, mit anderen Worter
Diesen "Hungerstreik" - eine Kampfmaßnahme der "RAF" - zu
stützen. Auch nach Beendigung des "Hungerstreiks" der "RAF
die Absender an ihren Zielen fest, "mehr Leute zu mobilisi
wobei die "Haftbedingungen" nur als Vorwand dienen. Das Sc
des "Zusammenlegungsplenums HH-Altona" ist daher geeignet
bestimmt, die Angeklagte Hornstein in deren rechtsfeindlic
tung zu bestärken.

Breucker
- Dr. Breucker -
Vors. Richter am OLG

Eine andere Form dieser Ansätze der Kommunikation von draußen nach drinnen oder drinnen nach draußen zu verhindern, warunseren Brief zurückzuschicken, hauptsächlich aus der Plötze mit dem Aufdruck "Empfängerin unbekannt" oder "Empfängerin unbekannt verzogen".
Die Gefangenen, die unseren Brief erhalten und darauf geantwortet haben, schreiben, daß sie die Diskussion um Widersprüche und Gemeinsamkeiten mit uns draußen wollen. Aber ihnen fehlt nach wie vor die materielle Grundlage dafür.
Zum einen gibt es die üblichen Auswüchse der Willkür, z.B. die Schreibmaschine klauen oder die Briefmarkenanzahl reduzieren, Briefe anhalten bzw. gar nicht erst zukommen lassen oder Ewigkeiten zurückhalten.
Zum anderen können die Gefangenen immer noch nicht zusammen reden. Die Zusammenlegung ist immer noch nicht durchgesetzt.
Wir haben soviel Briefe gekriegt, daß es eine Zeit dauert, in unserer Gruppe an ihnen zu diskutieren. Außerdem warten wir noch auf Briefe, die zwar angekündigt, aber bei uns noch nicht eingetroffen sind.
Die Briefe, die von Gefangenen zur Veröffentlichung freigegeben worden sind, wollen wir als Broschüre allen zugänglich machen.
Mit dem Briefeschreiben wollen wir nicht den Kampf um die Zusammenlegung ersetzen, aber wir begreifen es als einen Teil, um für den Kampf drinnen und draußen Perspektiven zu entwickeln. Wir verstehen uns nicht als alleinstehende Gruppe, sondern als Teil von Zusammenhängen, die auf unterschiedlichsten Ebenen für die Zusammenlegung kämpfen.



Haftbedingungen nach dem Hungerstreik
Stand 27.7.1989

Nach dem Abbruch des Hungerstreiks der Gefangenen aus RAF und Widerstand sowie der kämpfenden Gefangenen für Zusammenlegung und/oder für eigene Forderungen, ergibt sich folgender derzeitiger Stand der Haftbedingungen:
Als Ergebnis des Hungerstreiks sind zu bezeichnen die beiden Vierer-Gruppen von Gefangenen aus der RAF, die in Lübeck und Köln-Ossendorf gebildet wurden. Sie entsprechen dem von den SPD-Ländern Berlin, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen bereits im Streik gemachten Verhandlungsangebot zur Bildung von Kleingruppen.
Danach wurde Gabriele Rollnik von Berlin zu den drei gefangenen Frauen nach Lübeck verlegt; Angelika Goder hat inzwischen für ein Jahr Haftverschonung zum Zweck der Hüftgelenkoperation und anschließender Reha-Maßnahmen. In Köln-Ossendorf befinden sich jetzt ebenfalls vier Gefangene aus der RAF: Christa Eckes, Adelheid Schulz, Sieglinde Hoffmann und Ingrid Jakobsmeyer. Insgesamt hat es für einige Gefangene aus der RAF kleine Veränderungen der Haftbedingungen zum Positiven gegeben, allerdings gab es für andere auch Verschlechterungen.
Die Situation für dioe gefangenen aus dem Widerstand stellt sich ähnlich dar: Kleine positive Veränderungen für einige wenige, Verschlechterungen für andere.
Hinsichtlich der Situation der kämpfenden Gefangenen haben wir bisher keinen detaillierten Überblick. Für die überwiegende Mehrheit hat sich aber wohl die Haftsituation nicht geändert. Veränderungen zum Positiven sind lediglich von den Frauen aus der Plötze/Berlin zu vermelden.
Im Folgenden wollen wir einen kleinen Überblick über die Haftsituationen in einzelnen BRD-Knästen geben.

Lübeck:

Hier sind Gabriele Rollnik, Hanna Krabbe, Irmgard Möller und Christine Kuby zusammen. Sie haben einen Gemeinschaftsraum mit Kochmöglichkeit. Christine und Gabi haben wieder Besuche mit trennscheibe, die auf Intervention des Generalbundesanwalts Rebmann durchgesetzt wurde, nachdem während des Hungerstreiks die Trennscheibe aufgehoben worden war. Die Post, die während des Streiks angehalten wurde, ist den vier Gefangenen inzwwischen ausgehändigt worden.

Köln-Ossendorf:

Christa Eckes, Adelheid Schulz, Sieglinde Hoffmann und Ingrid Jakobsmeyer haben Umschluß und gemeinsamen Hofgang. Sie haben auch Kontakt zu anderen gefangenen Frauen. Die Bedingungen haben sich inzwischen allerdings schon wieder verschlechtert: Zunächst hatten sie vormittags und abends mehrere Stunden Aufschluß, jetzt ist nur noch vormittags Umschluß. Zudem wurde ihnen einkaufssperre angedroht, wenn sie weiterhin die Arbeit verweigern (sog. Normalvollzug). Auch bei ihnen kommt kaum Verteidigerpost rein.

Stuttgart-Stammheim:

Für alle fünf Gefangenen in Stammheim, Christian Klar, Eva Haule, Manuela Happe, Rico Prauss und Andrea Sievering, haben sich eher Verschlechterungen der Haftsituation ergeben. Die politische Zensur von Post ist brutal: keinerlei Briefbeilage kommt durch. Briefe werden drei bis vier Wochen liegen gelassen, bis sie die Zensur passiert haben. Gemeinschaftsangebote bestehen aus nur einmal fernsehen pro woche. Manuela hat keinen Einkauf.

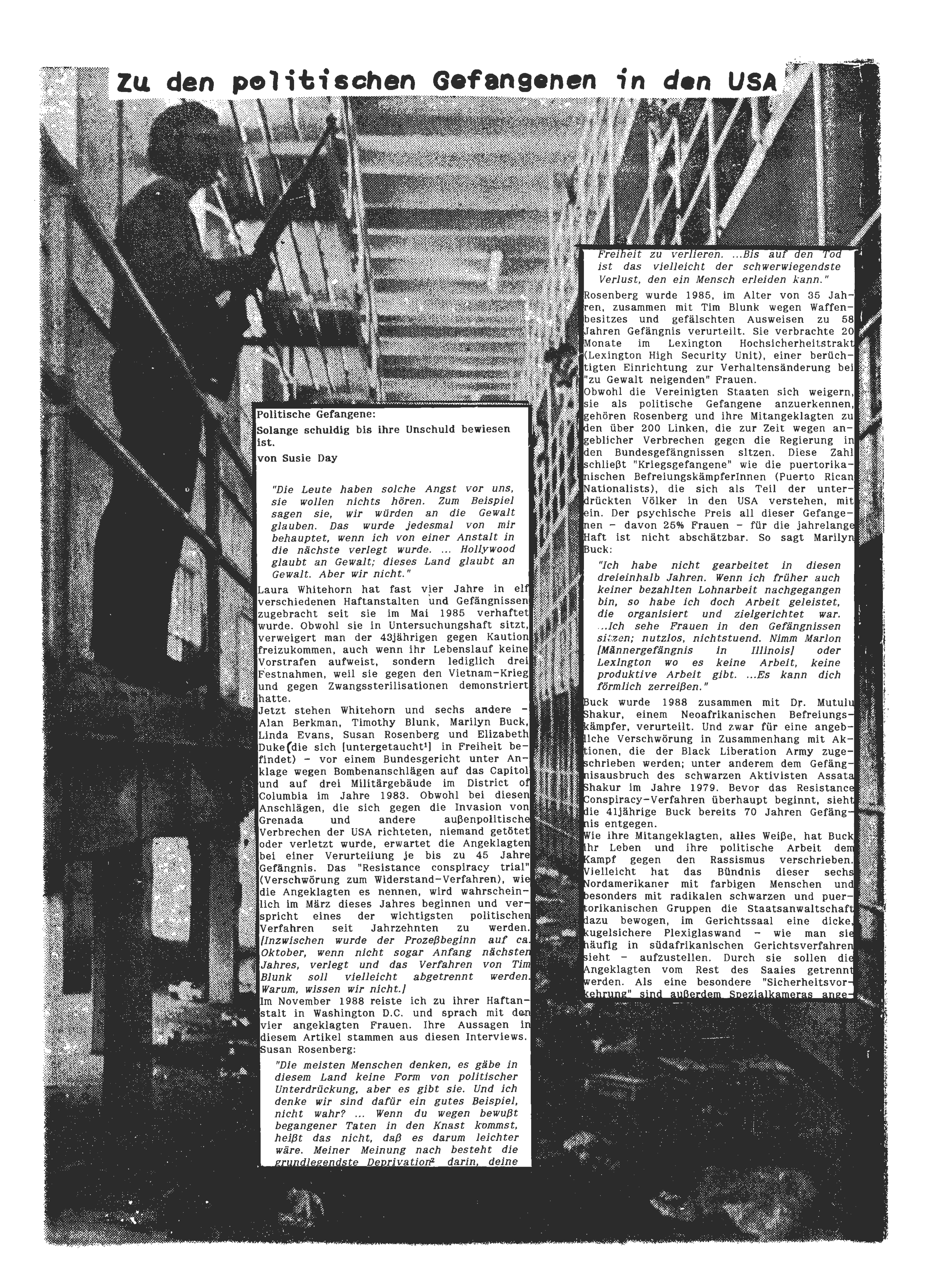
Celle:

Karl-Heinz Dellwo, Lutz Taufer und Knut Folkerts haben z.Zt. wieder Verscärfungen der Haftbedingungen. Während des Hungerstreiks wurde ihnen Hofgang mit Gefangenen aus einer anderen Sicherheitsabteilung in Celle (d.h. mit ca. 10 bis 15 Gefangenen) erlaubt und der hofgang um eine Stunde täglich verlängert. Bei dem gemeinsamen Hofgang durften sie sich etwas mitbringen, wie Bücher, Essen o.ä. An eineTag wurde Karl-Heinz jedoch das Mitnehmen eines Bildbandes von Marc Chagall untersagt, er wurde von einem Rollkommando zusammengeschlagen und kam für sieben Tage in Bunkerhaft. Knut und Lutz wurden währenddessen die halbe Nacht auf dem Hof eingesperrt, weil sie die Rückverlegung von Karl-Heinz verlangten. Anschließend kamen sie für vier Tage ebenfalls in Bunkerhaft. Nach diesen Vorfällen soll der Hofgang wieder um eine Stunde gekürzt werden.
Neu nach dem Streik ist, daß die Drei Besuche von direkten Verwandten jetzt ohne Überwachung haben und daß sie alle 14 Tage ein Telefonat von fünf Minuten machen dürfen.
Justizminister Remmers hat angekündigt, daß fünf weitere gefangene in den Hochsicherheittrakt verlegt werden sollen, wovon zumindest einer als Spitzel gilt.

Hamburg:

Für Luitgard Hornstein hat sich die Haftsituation punktuell verbessert. Sie hat Umschluß und Hofgang mit mehreren anderen Gefangenen (vorher Einzelhofgang).
Fritz Storim befindet sich seit seiner Verhaftung am 31.5.89 in strenger Isolation im UG. Gegen ihn besteht ein Urteil von ! Jahr ohne Bewährung (noch nicht rechtskräftig) wegen zweier Artikel zu Haftbedingungen und Zusammenlegung in "Sabot". Fritz sitzt in einer Einzelzelle ohne Stromanschluß, umgeben von Leerzellen auf jeder Seite. Er kann sich nicht mal Tee kochen, ist von Gemeinschaftsveranstaltungen ausgeschlossen, hat Einzelhofgang und -duschen. Jede Kontaktaufnahme ist ihm verboten. Selbst die Essensausgabe erfolgt durch Sicherheitsbeamte. Zusätzlich finden zweimal pro Woche Zellendurchsuchungen statt. Private Besuche finden mit Trennscheibe und unter Überwachung des LKA statt.

Zu den politischen Gefangenen in den USA



Politische Gefangene:

Solange schuldig bis ihre Unschuld bewiesen ist.

von Susie Day

"Die Leute haben solche Angst vor uns, sie wollen nichts hören. Zum Beispiel sagen sie, wir würden an die Gewalt glauben. Das wurde jedesmal von mir behauptet, wenn ich von einer Anstalt in die nächste verlegt wurde. ... Hollywood glaubt an Gewalt; dieses Land glaubt an Gewalt. Aber wir nicht."

Laura Whitehorn hat fast vier Jahre in elf verschiedenen Haftanstalten und Gefängnissen zugebracht seit sie im Mai 1985 verhaftet wurde. Obwohl sie in Untersuchungshaft sitzt, verweigert man der 43jährigen gegen Kaution freizukommen, auch wenn ihr Lebenslauf keine Vorstrafen aufweist, sondern lediglich drei Festnahmen, weil sie gegen den Vietnam-Krieg und gegen Zwangssterilisationen demonstriert hatte.

Jetzt stehen Whitehorn und sechs andere - Alan Berkman, Timothy Blunk, Marilyn Buck, Linda Evans, Susan Rosenberg und Elizabeth Duke (die sich [untergetaucht[1]] in Freiheit befindet) - vor einem Bundesgericht unter Anklage wegen Bombenanschlägen auf das Capitol und auf drei Militärgebäude im District of Columbia im Jahre 1983. Obwohl bei diesen Anschlägen, die sich gegen die Invasion von Grenada und andere außenpolitische Verbrechen der USA richteten, niemand getötet oder verletzt wurde, erwartet die Angeklagten bei einer Verurteilung je bis zu 45 Jahre Gefängnis. Das "Resistance conspiracy trial" (Verschwörung zum Widerstand-Verfahren), wie die Angeklagten es nennen, wird wahrscheinlich im März dieses Jahres beginnen und verspricht eines der wichtigsten politischen Verfahren seit Jahrzehnten zu werden. *[Inzwischen wurde der Prozeßbeginn auf ca. Oktober, wenn nicht sogar Anfang nächsten Jahres, verlegt und das Verfahren von Tim Blunk soll vielleicht abgetrennt werden. Warum, wissen wir nicht.]*

Im November 1988 reiste ich zu ihrer Haftanstalt in Washington D.C. und sprach mit den vier angeklagten Frauen. Ihre Aussagen in diesem Artikel stammen aus diesen Interviews. Susan Rosenberg:

"Die meisten Menschen denken, es gäbe in diesem Land keine Form von politischer Unterdrückung, aber es gibt sie. Und ich denke wir sind dafür ein gutes Beispiel, nicht wahr? ... Wenn du wegen bewußt begangener Taten in den Knast kommst, heißt das nicht, daß es darum leichter wäre. Meiner Meinung nach besteht die grundlegendste Deprivation[2] darin, deine Freiheit zu verlieren. ...Bis auf den Tod ist das vielleicht der schwerwiegendste Verlust, den ein Mensch erleiden kann."

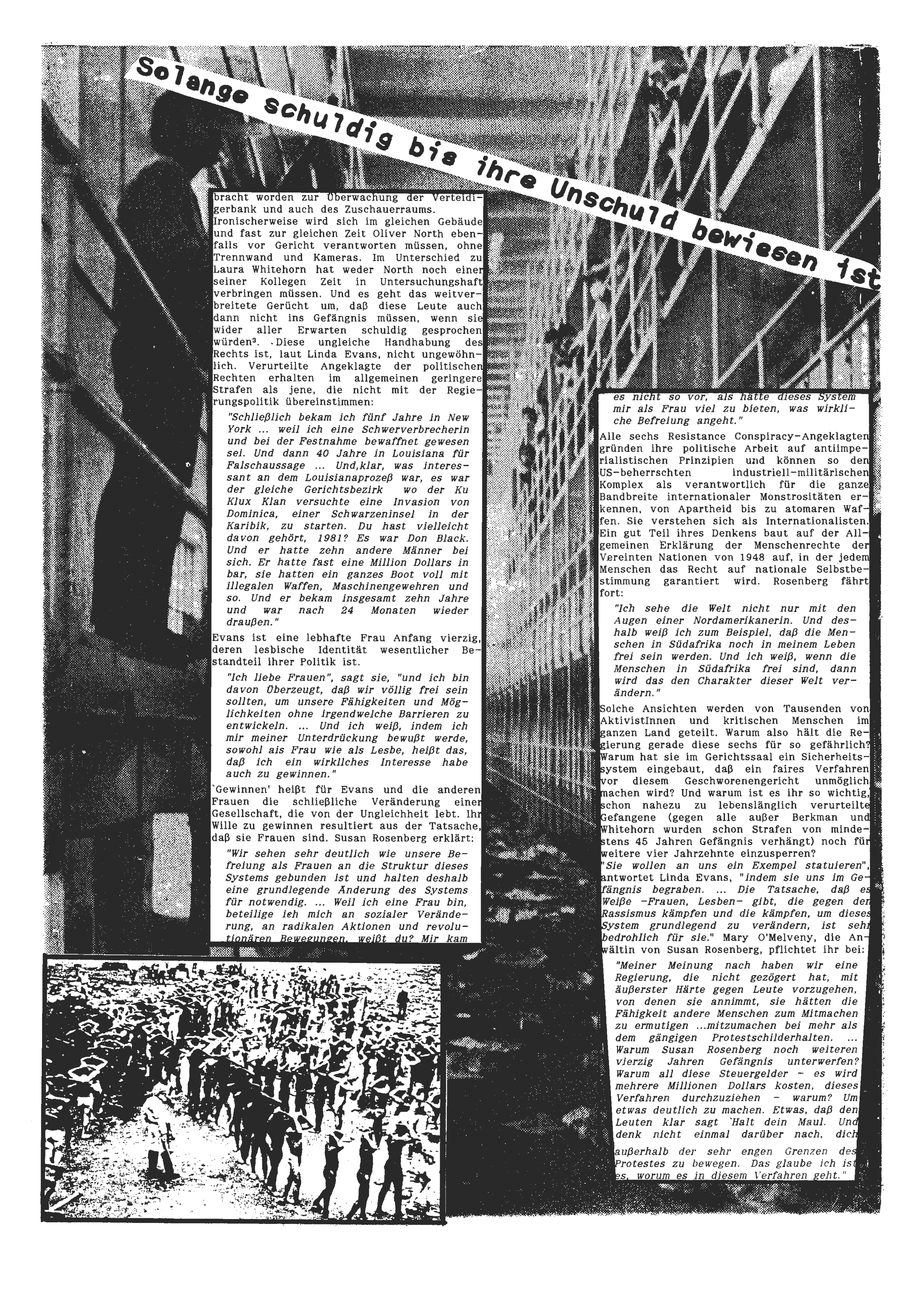
Rosenberg wurde 1985, im Alter von 35 Jahren, zusammen mit Tim Blunk wegen Waffenbesitzes und gefälschten Ausweisen zu 58 Jahren Gefängnis verurteilt. Sie verbrachte 20 Monate im Lexington Hochsicherheitstrakt (Lexington High Security Unit), einer berüchtigten Einrichtung zur Verhaltensänderung bei "zu Gewalt neigenden" Frauen.

Obwohl die Vereinigten Staaten sich weigern, sie als politische Gefangene anzuerkennen, gehören Rosenberg und ihre Mitangeklagten zu den über 200 Linken, die zur Zeit wegen angeblicher Verbrechen gegen die Regierung in den Bundesgefängnissen sitzen. Diese Zahl schließt "Kriegsgefangene" wie die puertorikanischen BefreiungskämpferInnen (Puerto Rican Nationalists), die sich als Teil der unterdrückten Völker in den USA verstehen, mit ein. Der psychische Preis all dieser Gefangenen - davon 25% Frauen - für die jahrelange Haft ist nicht abschätzbar. So sagt Marilyn Buck:

"Ich habe nicht gearbeitet in diesen dreieinhalb Jahren. Wenn ich früher auch keiner bezahlten Lohnarbeit nachgegangen bin, so habe ich doch Arbeit geleistet, die organisiert und zielgerichtet war. ...Ich sehe Frauen in den Gefängnissen sitzen; nutzlos, nichtstuend. Nimm Marlon [Männergefängnis in Illinois] oder Lexington wo es keine Arbeit, keine produktive Arbeit gibt. ...Es kann dich förmlich zerreißen."

Buck wurde 1988 zusammen mit Dr. Mutulu Shakur, einem Neoafrikanischen Befreiungskämpfer, verurteilt. Und zwar für eine angebliche Verschwörung in Zusammenhang mit Aktionen, die der Black Liberation Army zugeschrieben werden; unter anderem dem Gefängnisausbruch des schwarzen Aktivisten Assata Shakur im Jahre 1979. Bevor das Resistance Conspiracy-Verfahren überhaupt beginnt, sieht die 41jährige Buck bereits 70 Jahren Gefängnis entgegen.

Wie ihre Mitangeklagten, alles Weiße, hat Buck ihr Leben und ihre politische Arbeit dem Kampf gegen den Rassismus verschrieben. Vielleicht hat das Bündnis dieser sechs Nordamerikaner mit farbigen Menschen und besonders mit radikalen schwarzen und puertorikanischen Gruppen die Staatsanwaltschaft dazu bewogen, im Gerichtssaal eine dicke, kugelsichere Plexiglaswand - wie man sie häufig in südafrikanischen Gerichtsverfahren sieht - aufzustellen. Durch sie sollen die Angeklagten vom Rest des Saales getrennt werden. Als eine besondere "Sicherheitsvorkehrung" sind außerdem Spezialkameras ange-



Solange schuldig bis ihre Unschuld bewiesen ist

bracht worden zur Überwachung der Verteidigerbank und auch des Zuschauerraums. Ironischerweise wird sich im gleichen Gebäude und fast zur gleichen Zeit Oliver North ebenfalls vor Gericht verantworten müssen, ohne Trennwand und Kameras. Im Unterschied zu Laura Whitehorn hat weder North noch einer seiner Kollegen Zeit in Untersuchungshaft verbringen müssen. Und es geht das weitverbreitete Gerücht um, daß diese Leute auch dann nicht ins Gefängnis müssen, wenn sie wider aller Erwarten schuldig gesprochen würden[3]. Diese ungleiche Handhabung des Rechts ist, laut Linda Evans, nicht ungewöhnlich. Verurteilte Angeklagte der politischen Rechten erhalten im allgemeinen geringere Strafen als jene, die nicht mit der Regierungspolitik übereinstimmen:

"Schließlich bekam ich fünf Jahre in New York ... weil ich eine Schwerverbrecherin und bei der Festnahme bewaffnet gewesen sei. Und dann 40 Jahre in Louisiana für Falschaussage ... Und,klar, was interessant an dem Louisianaprozeß war, es war der gleiche Gerichtsbezirk wo der Ku Klux Klan versuchte eine Invasion von Dominica, einer Schwarzeninsel in der Karibik, zu starten. Du hast vielleicht davon gehört, 1981? Es war Don Black. Und er hatte zehn andere Männer bei sich. Er hatte fast eine Million Dollars in bar, sie hatten ein ganzes Boot voll mit illegalen Waffen, Maschinengewehren und so. Und er bekam insgesamt zehn Jahre und war nach 24 Monaten wieder draußen."

Evans ist eine lebhafte Frau Anfang vierzig, deren lesbische Identität wesentlicher Bestandteil ihrer Politik ist.

"Ich liebe Frauen", sagt sie, "und ich bin davon überzeugt, daß wir völlig frei sein sollten, um unsere Fähigkeiten und Möglichkeiten ohne irgendwelche Barrieren zu entwickeln. ... Und ich weiß, indem ich mir meiner Unterdrückung bewußt werde, sowohl als Frau wie als Lesbe, heißt das, daß ich ein wirkliches Interesse habe auch zu gewinnen."

'Gewinnen' heißt für Evans und die anderen Frauen die schließliche Veränderung einer Gesellschaft, die von der Ungleichheit lebt. Ihr Wille zu gewinnen resultiert aus der Tatsache, daß sie Frauen sind. Susan Rosenberg erklärt:

"Wir sehen sehr deutlich wie unsere Befreiung als Frauen an die Struktur dieses Systems gebunden ist und halten deshalb eine grundlegende Änderung des Systems für notwendig. ... Weil ich eine Frau bin, beteilige ich mich an sozialer Veränderung, an radikalen Aktionen und revolutionären Bewegungen, weißt du? Mir kam es nicht so vor, als hätte dieses System mir als Frau viel zu bieten, was wirkliche Befreiung angeht."

Alle sechs Resistance Conspiracy-Angeklagten gründen ihre politische Arbeit auf antiimperialistischen Prinzipien und können so den US-beherrschten industriell-militärischen Komplex als verantwortlich für die ganze Bandbreite internationaler Monstrositäten erkennen, von Apartheid bis zu atomaren Waffen. Sie verstehen sich als Internationalisten. Ein gut Teil ihres Denkens baut auf der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948 auf, in der jedem Menschen das Recht auf nationale Selbstbestimmung garantiert wird. Rosenberg fährt fort:

"Ich sehe die Welt nicht nur mit den Augen einer Nordamerikanerin. Und deshalb weiß ich zum Beispiel, daß die Menschen in Südafrika noch in meinem Leben frei sein werden. Und ich weiß, wenn die Menschen in Südafrika frei sind, dann wird das den Charakter dieser Welt verändern."

Solche Ansichten werden von Tausenden von AktivistInnen und kritischen Menschen im ganzen Land geteilt. Warum also hält die Regierung gerade diese sechs für so gefährlich? Warum hat sie im Gerichtssaal ein Sicherheitssystem eingebaut, daß ein faires Verfahren vor diesem Geschworenengericht unmöglich machen wird? Und warum ist es ihr so wichtig, schon nahezu zu lebenslänglich verurteilte Gefangene (gegen alle außer Berkman und Whitehorn wurden schon Strafen von mindestens 45 Jahren Gefängnis verhängt) noch für weitere vier Jahrzehnte einzusperren?

"*Sie wollen an uns ein Exempel statuieren*", antwortet Linda Evans, "*indem sie uns im Gefängnis begraben. ... Die Tatsache, daß es Weiße -Frauen, Lesben- gibt, die gegen den Rassismus kämpfen und die kämpfen, um dieses System grundlegend zu verändern, ist sehr bedrohlich für sie.*" Mary O'Melveny, die Anwältin von Susan Rosenberg, pflichtet ihr bei:

"Meiner Meinung nach haben wir eine Regierung, die nicht gezögert hat, mit äußerster Härte gegen Leute vorzugehen, von denen sie annimmt, sie hätten die Fähigkeit andere Menschen zum Mitmachen zu ermutigen ...mitzumachen bei mehr als dem gängigen Protestschilderhalten. ... Warum Susan Rosenberg noch weiteren vierzig Jahren Gefängnis unterwerfen? Warum all diese Steuergelder - es wird mehrere Millionen Dollars kosten, dieses Verfahren durchzuziehen - warum? Um etwas deutlich zu machen. Etwas, daß den Leuten klar sagt 'Halt dein Maul. Und denk nicht einmal darüber nach, dich außerhalb der sehr engen Grenzen des Protestes zu bewegen. Das glaube ich ist es, worum es in diesem Verfahren geht."



Laut O'Melveny weiß die Regierung nicht, wer die Bombenanschläge ausgeführt hat und besitzt keine Beweise, daß irgendeine/r der sechs direkt mit ihnen zu tun hatte. Und Susan Rosenberg erklärt, daß sie und andere Angeklagte während einiger der Bombenanschläge im Gefängnis saßen. Die tatsächliche Schuld oder Unschuld der Angeklagten scheint für die Regierung also völlig unerheblich zu sein. Sie hat eine Anklage konstruiert, nach der die sechs für Unterstützung und Anstiftung und für Verschwörung "*um die Politik und das Vorgehen der Regierung der Vereinigten Staaten zu beeinflussen, zu ändern und dagegen zu protestieren ... durch Anwendung gewaltsamer und illegaler Mittel*" verurteilt werden sollen.

Das sind erschreckend dehnbare Anklagepunkte, bei denen die Schuldzuweisung für eine illegale Aktion nach allem Möglichen bestimmt wird. Das reicht von der direkten Teilnahme an der Aktion bis hin zu dem, einfach Mitglied einer Gruppe zu sein, die beschuldigt wird, eine bestimmte Aktion durchgeführt zu haben. Mit den Anklagepunkten Verschwörung, Unterstützung und Anstiftung sind Verurteilungen sehr einfach zu erreichen. Sobald die Staatsanwaltschaft ersteinmal die politischen Ansichten der Angeklagten dem Gericht erwiesen hat, können die Anschuldigungen mit einfachen Indizienbeweisen nachgewiesen werden. Mary O'Melveny vertritt die Ansicht, daß die Staatsanwaltschaft in diesem Fall nur bei Gericht einbringen muß, daß die Angeklagten sich zu verschiedenen Zeiten ihres Lebens kannten und ähnliche politische Ziele besaßen. Diese Art der Kriminalisierung von Zusammenschlüssen und Vereinigungen erschwert es, Angeklagte unter Berufung auf den ersten Verfassungszusatz – die freie Meinungsäußerung betreffend – zu verteidigen.

> "*Mit anderen Worten*", so Laura Whitehorn, "*wenn du zu dieser oder jener Organisation gehörst, heißt das auch, daß du diese illegalen Taten begangen hast. ... Es ist nicht mehr nur die Frage nach deinen politischen Überzeugungen. Das ist nicht viel anders als McCarthyismus*[4]."

Falls es der Regierung gelingt, die sechs zu verurteilen, dann wird sie andere über ähnliche Anklagen schuldig sprechen können; einfach anhand der Gruppen, denen sie sich in der Vergangenheit vielleicht einmal angeschlossen haben. Eine wachsende Zahl von Menschen würde davor zurückschrecken, progressive Ansichten zu entwickeln, geschweige denn nach ihnen zu handeln, angesichts der hohen Gefängnisstrafen für die politisch Aktiven.

Von dieser Form der politischen Kontrolle einmal abgesehen, werden die Gefängnisse in den USA auch zunehmend dazu benutzt, um unerwünschte Teile der Bevölkerung einfach einzulagern, wegzuschließen. Die Justizbehörde (Bureau of Justice) berichtete im April 1987, die Zahl der Gefangenen in diesem Land belaufe sich auf 546.659 Menschen[5]. Das ist von allen Ländern der Welt die größte Zahl an Gefängnisinsassen und es ist wahrscheinlich, daß sie sich im nächsten Jahrzehnt auf über eine Million verdoppeln wird. Fünf Prozent der US-amerikanischen Gefangenen sind Frauen und ca. 80% sind Farbige – Schwarze, Latinos und amerikanische Eingeborene –, die außerhalb der Gefängnisse gerade 20% der Bevölkerung ausmachen. Die Gefängnisrate allein für die Schwarzen betrachtet ist die höchste der Welt – doppelt so hoch wie die in Südafrika.

Inzwischen wird weithin die Ansicht geteilt, daß der Zweck der Gefängnisse nicht Rehabilitation sondern Entmenschlichung ist. Es scheint eine Selbstverständlichkeit, daß Gefangene[6] willkürlichen Grausamkeiten ausgesetzt werden. Die politischen Gefangenen werden normalerweise von den anderen Gefängnisinsassen isoliert und mißhandelt, ausdrücklich weil sie progressive oder linke Ansichten vertreten. Wie die meisten Gefangenen sind die politischen und die, die sich als Kriegsgefangene verstehen, Farbige. In der Regel erfahren die männlichen Gefangenen direktere und offenere körperliche Gewalt als die gefangenen Frauen. Tim Blunk saß zwei Jahre und Alan Berkman mehrere Monate im Marion Hochsicherheitsgefängnis für Männer. Dort, sagt Laura Whitehorn,

> "*... gehen die Wachen in den Blöcken auf und ab, immer den Gummiknüppel in ihre Hände klatschend, und wenn du dich weigerst, einer direkten Anordnung Folge zu leisten, ... wirst du restlos zusammengeschlagen. ... Bei Frauen machen sie das seltener. Aber was sie gegen uns einsetzen, ist die Drohung mit sexuellen Mißhandlungen. ... Nach ihren Regeln ist es ihnen erlaubt, uns fast alles Mögliche anzutun. So ist das Ausmaß der ständigen Vergewaltigungen, die keine 'normalen' Vergewaltigungen, sondern solche mit einem Spekulum oder der Hand beim Durchsuchen sind, ein Ausdruck der besonderen Behandlung von Frauen.*"

Susan Rosenberg und Alejandrina Torres, eine puertorikanische Kriegsgefangene, wurden beide in einem Gefängnis in Tucson von einem Verwalter vergewaltigt – im Beisein einer weiblichen Wärterin. Eve Rosahn, Rechtsbeistand bei der Rechtshilfe für Gefangene in New York, sagt:

> "*Diese Punkte – Wahrung der Intimsphäre, Kontrolle über dich selbst und daß dir als erwachsener Frau dein eigener Wille genommen wird – sind typisch; zum einen dafür wie alle gefangenen Frauen behandelt werden und, in diesen Fällen, besonders für die Behandlung von weiblichen politischen Gefangenen.*"

Lesbische Frauen erfahren noch ein zusätzliches Maß an sexueller Erniedrigung. Laura Whitehorn erinnert sich:

> "*Ich war in Pleasanton, wo die betatschenden Durchsuchungen durch Männer* [im Orig.: male pat-searches] *alltäglich sind ... und zu wissen, sie werden mich ansehen und sagen 'Das ist eine Lesbische' und mich dann bei der Durchsuchung antatschen, das war der Horror.*"

Nach dem "Sonderbehandlungs"-Reglement der Gefängnisbehörde wurden sowohl männliche wie weibliche Gefangene über Jahre in "Toten Trakten" gefangen gehalten. Das bedeutet eine verschärfte Form der Einzelhaft, während der sie in winzigen Zellen, oft ohne Fenster, für 23,5 Stunden am Tag isoliert werden. Die Gefangenen dürfen für eine halbe Stunde in Handschellen und Fußketten aus ihren Zellen heraus, um zu duschen und zu telephonieren. Alle sechs Resistance Conspiracy-Angeklagten wurden so monatelang in einem Gefängnis des District of Columbia gefangengehalten, bis eine erst kürzlich erfolgreiche Kampagne ihre Haftbedingungen verbesserte.



Die Gefängnisbehörde hat sich sehr bemüht, ihre grausame "spezielle Behandlung" für linke Gefangene zu begründen. Gilda Zwerman, außerordentliche Professorin an der New Yorker Staatsuniversität, gibt die Ausführungen von "Experten" wieder, die behaupten, daß die normale Bestrafung bei politischen Gefangenen nutzlos sei und sie gar in ihrem Bild von sich als "Bedrohung des Staates" bestärken könne. Weil diese Gefangenen nicht auf "normale Behandlung" reagieren, argumentieren die Beamten, müssen sie entmündigt und muß ihre persönliche und politische Identität ausgelöscht werden. Nach diesem neokonservativen Muster, merkt Zwerman in einem Artikel in "Social Justice"[7] an, hält man weibliche Gefangene für gefährlicher als männliche.

Es ist so kein Zufall, daß die Gefängnisbehörde dafür gesorgt hat, zwei Hochsicherheitszentren besonders für Frauen zu bauen. Eins, die Lexington High Security Unit (HSU) ist mittlerweile berüchtigt. Die politischen Gefangenen Susan Rosenberg und Silvia Baraldini und die Kriegsgefangene Alejandrina Torres wurden dort gezielt in einen Zustand fast infantiler Unterwürfigkeit versetzt.

Als Teil eines Experiments zur Beobachtung der Langzeitwirkungen sensorischer Deprivation wurden in der HSU die Neonlampen 24 Stunden am Tag brennen gelassen. Die Fenster wurden abgedeckt und die abgedichteten, nur über eine Klimaanlage belüfteten Zellen permanent durch Kameras überwacht. Alle Handlungen und gesprochenen Worte der Frauen wurden von Wachmännern notiert, die sie ebenso beim Duschen wie auf der Toilette beobachteten. Von diesen Frauen, die von den Gefängnisbeamten als "gewalttätig" bezeichnet und bei jedem Betreten des Blocks nackt durchsucht wurden, ist nicht eine verurteilt worden, weil sie jemand angegriffen oder verletzt hätte. Um jede dieser Frauen unter solchen absolut verschärften Bedingungen festzuhalten, betrugen die Kosten für die Steuerzahler 55.000 Dollars pro Jahr[8].

Obwohl die HSU durch ein Gerichtsurteil vom Juli 1988 und nach internationalen Protesten unter anderem von Amnesty International geschlossen wurde, wird ihr Zweck nun sicherlich woanders weiterverfolgt werden. Kürzlich wurde der Shawnee-Block in der Bundesvollzugsanstalt in Marianna/Florida für gefangene Frauen mittlerer bis hoher Sicherheitsstufe eröffnet. Bis jetzt hat es allen Anschein, als ob er die Haftbedingungen von Lexington wiederholen, wenn nicht noch intensivieren soll. Falls Buck, Rosenberg und Whitehorn verurteilt werden, befürchtet Mary O'Melveny, dann werden sie den Großteil ihrer Strafen in Marianna verbüßen, während Berkman und Blunk wieder nach Marion, was heißt, in Dauerisolation zurückkehren.

Warum gibt es angesichts dieser Bedingungen, unter denen zu leben politische Gefangene für Jahre ihres Lebens verurteilt werden, keinen Aufschrei der feministischen und fortschrittlichen Öffentlichkeit? Ein Grund mag darin liegen, daß diese sechs politischen Gefangenen – und andere genauso – den bewaffneten Widerstand unterstützen als ein Recht der Menschen, sich gegen Unterdrückung zu wehren. In der Sprache der US-Regierung heißt sowas "Terrorismus". So sagt Marilyn Buck:

> *"Es geht um Widerstand gegen eine unrechtmäßige Regierung, gegen eine Regierung, die Gewalt in einem derartig riesigen Maß ausübt, daß wir darüber jahrelang reden könnten und es würden doch nicht alle ihre Verbrechen zur Sprache kommen. Und dann führ' dir die Tatsache vor Augen, ... daß alle, die sich dagegen wehren, als `Terroristen' bezeichnet werden."*

Hineingewachsen in die Emanzipationsbewegungen der sechziger Jahre bleiben die Frauen im Resistance Conspiracy-Verfahren den aktiven Kämpfen der Frauen Südostasiens und den Black Power Aufständen in den USA verbunden. Susan Rosenberg:

> *"Ich sah wie die vietnamesischen Frauen sich als Teil ihres Volkes erhoben und erklärten `Wir werden unsere Selbstbestimmung erreichen' . Ich hatte sowas zuvor noch nie gesehen. Und ich wollte wie sie sein."*

Es ist aber an dem Bild einer Frau, die zur Waffe greift, um für ihr Volk zu kämpfen, etwas die Öffentlichkeit in ihren Grundfesten Schockierendes. "*Ich glaube, die Vorstellung von Frauen, die das System bekämpfen, erscheint als besonders bedrohlich*", sagt Laura Whitehorn, "*weil sie gesehen haben, was Frauen für die Kämpfe in allen Ländern getan haben. Bis nicht die Mehrheit der Frauen sich an einem Volkskrieg oder einer revolutionären Bewegung beteiligen, hat diese Bewegung längst nicht so große Erfolgschancen.*"

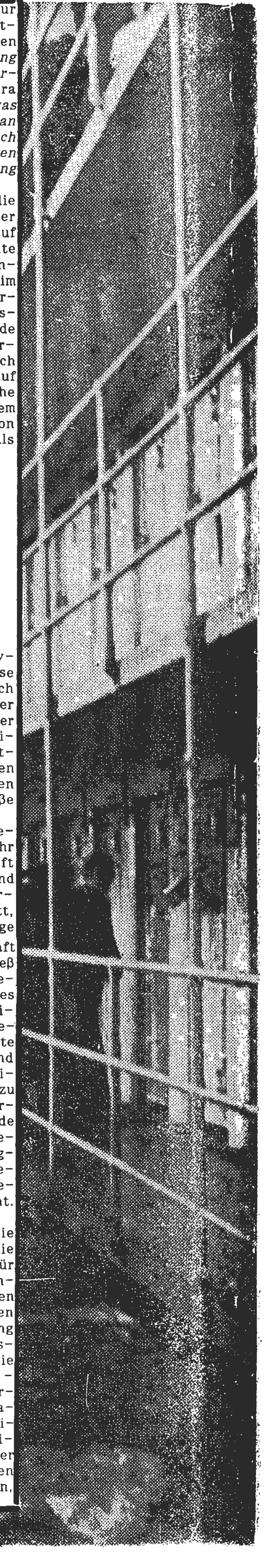
Alle sechs Angeklagten wenden sich gegen die sogenannte Anti-Terrorismus Kampagne der USA, die ihrer Meinung nach die Dinge auf den Kopf stellt, indem in ihr einige verstreute Revolutionäre für irgendwie gefährlicher hingestellt werden als eine Regierung, die sich im Besitz des weltgrößten atomaren Waffenarsenals befindet. Zu dieser irrwitzigen Geisteshaltung paßt, daß Obdachlosigkeit, fehlende Gelder für die AIDS-Forschung oder die Zerstörung des Ökosystems nicht als gefährlich gelten, weil sie nicht "gewalttätig" seien. Auf der anderen Seite würden antiimperialistische Gefangene ihre Strafen verdienen, denn indem sie den bewaffneten Kampf als eine Form von Widerstand bejahen, wollten sie schließlich als Terroristen angesehen werden.

> *"Das Problem ist", sagt Linda Evans, "... daß meiner Meinung nach unsere Bewegung – und das schließt die Frauenbewegung und die Lesbenbewegung mit ein – dermaßen durch Regierungsbeschränkungen und durch unsere relative Privilegiertheit in dieser Welt beeinflußt ist, ... daß sie es der Regierung erlauben, Leute wie uns einfach aus der Bewegung, in der wir unser Leben lang gekämpft haben, zu streichen."*

Ein Blick jenseits des Resistance Conspiracy-Verfahrens auf andere politische Prozesse zeigt außerdem, daß in ihnen die Frage nach der angewendeten Gewalt immer unwichtiger wird. Kriegsdienstverweigerer, Mitglieder der Sanctuary-Bewegung[9] und Plowshare-AktivistInnen[10] befinden sich zur Zeit für gewaltfreie Aktionen gegen die Regierung in den Gefängnissen. Sie wurden zu bis zu 18 Jahren hinter Gitter verurteilt, und die Strafmaße erhöhen sich weiter.

In den vergangenen acht Jahren hat die Regierung sicherzustellen versucht, daß mehr und mehr Menschen als gefährlich eingestuft werden. Unter der Reagan-Administration fand eine immense Ausweitung von Ermittlungsverfahren der Bundesgerichte (Grand Jury) statt, in deren Verlauf Menschen, die die Aussage verweigerten, auf oft unbestimmte Zeit in Haft genommen wurden. Außerdem hat der Kongreß einer Reihe von repressiven Gesetzen zugestimmt. So der Reform des Kautionsgesetzes von 1984 aufgrund der Laura Whitehorn weiterhin festgehalten wird oder dem Gesetz gegen verbrecherisch beeinflußte und korrupte Organisationen (Racketeer Influenced and Corrupt Organizations – Law), nach dem Marilyn Buck und Mutulu Shakur angeklagt und zu 50 bzw. 60 Jahren Gefängnis verurteilt wurden. Gilda Zwermans Aufsatz zufolge wurde mehr als 150 AktivistInnen der Schwarzen Befreiungs-, der Puertorikanischen Unabhängigkeits- und der Nordamerikanischen Antiimperialistischen Bewegung auf der Grundlage dieser Gesetzesvorschriften der Prozeß gemacht. Sie alle verbüßen jetzt lange Haftstrafen.

Auch läuft ein erschreckender Angriff auf die demokratischen Rechte und Freiheiten über die Sicherheitsinitiativen der "Bundesbehörde für die Regelung von Notfällen" (Federal Emergency Management Agency). Deren Pläne für den Fall eines "nationalen Notstandes" beinhalten inzwischen die rechtmäßige Außerkraftsetzung der Verfassung, die Verhängung des Kriegsrechts über die amerikanischen Bürger, die Zensur der Medien durch die Regierung und – in einem grauenerregenden Sprung in die Vergangenheit – die Einrichtung von Konzentrationslagern für illegale "Fremde", aufrührerische ethnische Gruppen und politische Dissidenten. An dieser Stelle hält das Oliver North-Verfahren hier nochmals zynischen Einzug: es waren North und seine Kollegen, die diese Pläne entworfen haben.



Noch bestürzender ist die Tatsache, daß die Öffentlichkeit genauso wenig über diese restriktiven Maßnahmen weiß, wie über die wachsende Zahl von politischen Gefangenen. (Es laufen zur Zeit noch andere Prozesse, die mit ebensoviel Nicht-Aufmerksamkeit bedacht werden, wie das Resistance Conspiracy-Verfahren. Der Prozeß gegen die "Puerto Rico - 16" zum Beispiel, der im September in Hartford/Connecticut begonnen hat, bezieht eine große Zahl an Ton- und Videobändern mit ein, die vom FBI illegal beschafft wurden und eine Gruppe von puertorikanischen "Independistas" des Bankraubes überführen sollen. Ein weiteres Verfahren, Januar 1989 in Springfield/Massachusetts eröffnet, dreht sich um drei ArbeiterInnen, gegen die Anklage wegen politisch motivierter Bombenanschläge erhoben wurde.) Die Massenmedien haben sich in ihrer Empfänglichkeit für die Interessen der Regierung entschlossen, über politische Prozesse und die dazugehörigen Gesetze, die nur noch mehr Gefangene produzieren werden, Stillschweigen zu bewahren. So bleiben die politischen Gefangenen meist isoliert, nicht nur von menschlichen Kontakten, sondern auch von Verbindungen mit der Welt außerhalb der Gefängnisse.

Isolation, tödlich in ihrer Stille, könnte sich schließlich als die effektivste Waffe der Regierungen gegen unseren eigenen Willen wie gegen politische Zusammenschlüsse erweisen. Im dritten Teil ihres Werkes "Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft"[11] schreibt Hannah Arendt:

> *"Es wurde häufig festgestellt, daß der Terror nur über Menschen, die voneinander isoliert sind, absolut herrschen kann und daß deshalb tyrannische Regierungen zuallererst Sorge tragen, diese Isolation herbeizuführen. Isolation ist vielleicht der Anfang des Terrors ..."*

Unterdessen erwarten die Resistance Conspiracy-Angeklagten ihren Prozeß. Würden sie ihrer Politik abschwören, Namen nennen und den Regierungsstellen erzählen, was sie, wenn überhaupt, über andere radikale Gruppen wissen, würden sie dann besser behandelt oder sogar, wie in Laura Whitehorns Fall, freigelassen werden?

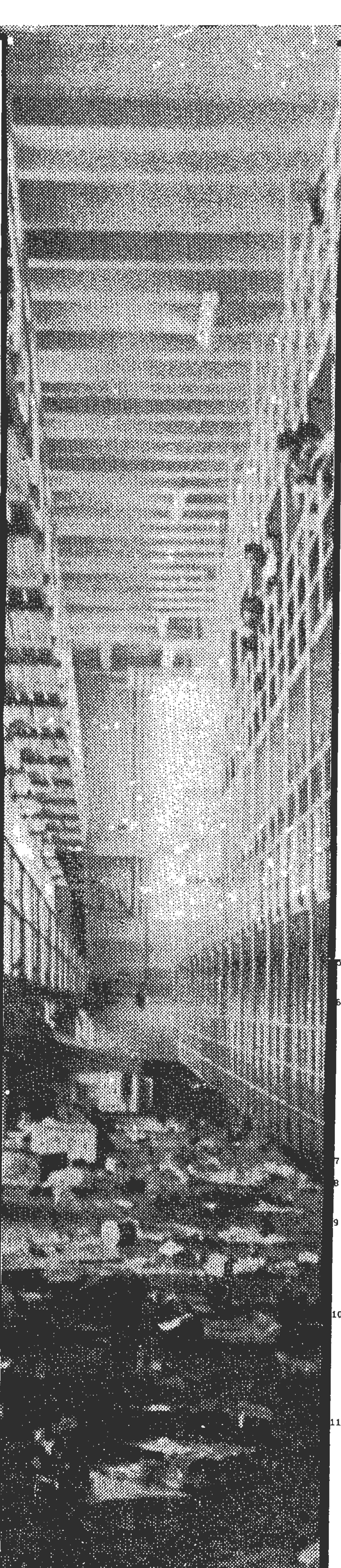
> *"Oh sofort, wette ich!"*, antwortet Whitehorn. *"Ich meine, eine der Sachen, die sie an uns hassen, ist, daß sie keine/n von uns dazu bringen können, auch nur Kleinigkeiten aufzudecken."*

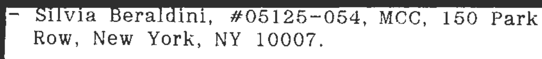
Frauen mit politischem Bewußtsein täten gut daran zu überlegen, worauf dieses Engagement fußt. "*Wohl jede/r politische Gefangene in den Vereinigten Staaten hat eine Geschichte als OrganisatorIn in der einen oder anderen Bewegung hinter sich und hätte Menschen eine Menge anzubieten.*", sagt Eve Rosahn. Susan Rosenberg war Akupunkteurin an einem Krankenhaus in der Bronx. Linda Evans war Mitglied einer Frauenband und rief in Texas ein Frauenpressekollektiv ins Leben. Marilyn Buck war eine der ersten, die im SDS die Frauenbefreiung auf die Tagesordnung setzten. Laura Whitehorn half die Boston/Cambridge-Frauenschule auf die Beine zu stellen und war im "John Brown Anti-Klan Komitee" aktiv. "*Dies sind Menschen mit enormen Fähigkeiten und großer Anteilnahme für andere und dem Bedürfnis, Menschen zu helfen.*" sagt Mary O'Melveny. Wir haben viel von ihnen zu lernen. Sie sollten dringend von uns hören.

Quelle: Sojourner: The Women's Forum. Februar 1989. S.17 - 19. - Enthalten in: "Material zum Prozeß gegen sechs revolutionäre Gefangene in den USA" BRD, März 1989; auch in der Bücherei ausleihbar.

Schreibt den Resistance Conspiracy Angeklagten und anderen politischen Gefangenen an die folgenden Adressen:

- Marilyn Buck, #233-396; Linda Evans, #4233-411; Susan Rosenberg, #233-412; Laura Whitehorn, #220-858; Alan Berkman, #233-315; Tim Blunk, #233-410; D.C. Detention Facility, 1901 D Street, S.E., Washington, D.C. 20003. [Zur Zeit ist unklar, ob Tim Blunk eventuell nach Marion verlegt wurde.]





- Silvia Beraldini, #05125-054, MCC, 150 Park Row, New York, NY 10007.
- Alejandrina Torres, #92052-024, MCC, San Diego, CA 92101.

Eine komplette Liste mit Namen und Adressen politischer Gefangener und mehr Informationen erhaltet ihr über:

- Committee to Fight Repression, P.O. Box 1435, Cathedral Station, New York, NY 10025.

Übersetzung: Schwarze Katze Bücherei, Thadenstr. 130a, Montags 18 - 20 Uhr.

[1] []: Einfügungen der Übersetzer.

[2] Deprivation: Beraubung, Entzug von etwas, von Sinneswahrnehmungen z.B. (= sensorische Deprivation). Wird als Foltermethode in den Knästen angewandt und ist als Effekt bestimmter Strukturen der Wohnghetto- und Arbeitsorganisation weit verbreitet.

[3] Oliver North, ehemaliger Regierungsbeamter der Reagan-Administration, war die Schlüsselfigur in der "Irangate" - Affaire. Am Senat und Repräsentantenhaus vorbei hatten er und Kollegen Gelder aus Waffenverkäufen in den Iran an die konterrevolutionären "Contras" in Nicaragua weitergeleitet. Das Gerücht hat sich inzwischen bestätigt, am 5.7.89 wurde North zu 3 Jahren auf Bewährung zuzüglich 150.000 $ Geldstrafe verurteilt.

[4] Im Zuge des gerade auch innenpolitisch geführten "Kalten Krieges" leitete J.R. McCarthy von 1950 - 54 den "Senatsausschuß zur Untersuchung unamerikanischer Umtriebe", der angebliche und tatsächliche Kommunisten und Sozialisten in Verwaltung und öffentlichem Leben der USA herauszufinden und auszuschalten suchte. Diese Kampagne weitete sich zu einer allgemeinen antikommunistischen, nationalistischen und antisemitischen Verfolgungs- und Disziplinierungswelle aus. Die Kernfrage des Ausschusses lautete sinngemäß: "Sind sie oder waren sie jemals Mitglied oder in Kontakt mit der Kommunistischen Partei oder einer ihrer oder ihr nahestehenden Organisationen?" Womit dann auch jede individuelle Schuldfrage vor Gericht geklärt war.

[5] In den USA leben ca. 225 Millionen Menschen.

[6] Im Original: "Prisoners incarcerated for social crimes." Uns war unklar, ob Susie Day damit politische oder soziale Gefangene meint, wohl eher politische. Wir schreiben das allgemeine `Gefangene', weil wie in der BRD das Knastsystem längst auf alle Gefangenen je nach dem Grad ihrer Anpassung oder ihres Widerstandes auch alle Mittel seiner Unterdrückungsmaschinerie anwendet.

[7] In der Schwarze Katze Bücherei ausleihbar.

[8] Schon wieder das dumme Steuerkostenargument.

[9] Die stark christlich getragene `Sanctuary' (= Zuflucht) -Bewegung propagiert zum Teil erfolgreich (z.B. San Francisco) `Freie Flüchtlingsstädte' in den USA und versteckt illegale Flüchtlinge vor der Auslieferung.

[10] `Plowshare' (= Pflugschar) -AktivistInnen vertreten innerhalb der Friedens- und Anti Atom Bewegung der USA ein Konzept direkter gewaltfreier Aktionen. Sie dringen z.B. in Militärgelände ein und zerstören Raketen und andere Waffen.

[11] engl.: "The Origins of Totalitarianism." New York 1951. Es muß sich hier um ein Zitat aus den `Abschließenden Bemerkungen' des 3. Teils der amerik. Erstausgabe handeln, die in der deutschen Erstausgabe (Frankfurt: EVA 1955) und auch in späteren nicht enthalten sind. Vgl. auch das Vorwort von 1955 und das Buch von Elisabeth Young-Bruehl: "Hannah Arendt. Leben, Werk und Zeit." Frankfurt: Fischer 1986. S. 292 - 93, 678 (Anm. 60),713. Zu Begriff und Wesen des Terrors vgl.: Leo Löwenthal "Individuum und Terror" in: Dan Diner (Hg.) "Zivilisationsbruch - Denken nach Auschwitz." Frankfurt: Fischer 1988; auch in der Bücherei ausleihbar.



Aidskranker Mann verurteilt

Richter Graue steht zur Polizei

■ taz/kva. Der berüchtigte Amtsrichter Nils Graue verurteilte am Donnerstag einen 36jahrigen Mann zu 18 Monaten Knast ohne Bewährung. Der Angeklagte soll während der „San Jose-Demonstration" im Februar letzten Jahres einen Polizisten mit einer Motorsagenkette geschlagen haben.

Obwohl die Beweisaufnahme erhebliche Zweifel an der Version der Polizei erbrachte, sah es Graue im Interesse der Ordnungshüter für notwendig an, den zufällig in die Demonstration geratenen Mann drakonisch abzuurteilen. Graues politische Begründung dafür: „Wir haben hier in dieser Stadt ein Sicherheitsproblem, weil solche Demonstrationen aus Opportunitat zugelassen werden - da sollen sich Hamburgs Polizeibeamte wenigstens von der Justiz nicht verlassen fühlen."

Ein paar Monate extra erhielt der Mann, weil er HIV-infiziert ist. Richter Graue: „Wer als aidskranker Mensch an einer Demonstration teilnimmt, bei der Blut fließen könnte, ist eine Zeitbombe für die Öffentlichkeit."

Für drei ZuschauerInnen endete der Prozeßbesuch im Graue-Saal mit Ordnungshaft. Zwei hatten sich geweigert, bei der Urteilsbegründung aufzustehen, eine weitere Frau hatte die Aids-Ausführung mit den Worten kommentiert: „Jetzt reitet ihr ihm auch noch auf seiner Krankheit rum. Du alte Sau.!" Alles in allem ein typischer Graue-Prozeß...

Was will uns der allseits beachtete und berüchtigte Amtsrichter Graue mit diesem Urteil zeigen. Wenn die Öffentlichkeit nicht mit der "Zeitbombe aidsinfizierter Mensch" zusammenkommen soll, muß sie dafür sorgen, daß diese "Zeitbombe" nicht die Möglichkeit hat, am öffentlichen Leben teilzunehmen.
Ob in Bus, Bahn, per Fahrrad, zu Fuß über die Straße, eigentlich überall dort "wo Blut fließen könnte" will dieser "Richter Graue" die Öffentlichkeit vor dem HIV-Positiven Menschen schützen.Im Klartext heißt das also den HIV-Pos. Menschen von der Umwelt abzugrenzen, zu isolieren.
Anhand dieses Beispiels wird uns allen deutlich vor Augen geführt, wie dieser Staat mit der Aidsproblematik (HIV-Pos.) umgeht.
Einerseits,die uns allen bekannte (Kino, Fernsehen etc.), mit liberalem Touch vorgesetzteKampangne, in der uns z.B. der Tagesthemenmatador H.J.Friedrichs vorgaukelt, daß er keine Angst vor der Ansteckung hat und gerne auch mit infizierten KollegInnen weiter zusammen arbeitet, da er ja weiß wie Aids übertragen wird.
Andererseits, die repressiven Maßnahmen, wenndu HIV-Pos. bist. Gerade Randgruppen und Minderheiten (z.B. Drogenabhängige,Schwule,-Prostituierte) können ein derbes Lied davon singen, wie mit ihnen umgegangen wird.
Das reicht vom Einbringen einer HIV-Negativbescheinigung beim Zahnarzt, ohne die der dich nicht behandelt, über den Rauswurf aus der Krankenversicherung bis zur Zwangsuntersuchung im Untersuchungsgefängnis. Gerade das Erproben dieser repressiven Methoden an Minderheiten und Randgruppen läßt auf ein Ausdehnen z.B. von Zwangsuntersuchungen auf alle, die in den Knast einfahren, schließen. Wie das gerade im U.G. gemacht worden ist. Dort ist einem Mann, aufgrund seiner Verweigerung einen Test machen zu lassen, eine Sonderbehandlung (Einzelhaft, Ausschluß von Gemeinschaftsaktivitäten) zu Teil geworden. Diese hier beschriebenen Einzelheiten sind mehr als nur ein Trend. Sie zeigen deutlich wozu die BRD-Justiz bereits den Grundstock legt, nämlich nahtlos übergehen zu können zu einem offen repressivem Umgehen mit HIV-Pos.-Menschen, inform von Internierung, Abschiebung in Sonderknästen und Zwangsuntersuchungen für ALLE.Deshalb laßt euch nicht testen, weder im Knast noch sonstwo.

Ludger Weß
"Die Träume der Genetik"
Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts
Greno Verlag, DM 36,-

Ludger weß stellt in seinem Buch die wichtigsten Protagonisten der Genforschung aus den USA, England und der Sowjetunion sowie ihre Utopien vor.
Die Herausbildung der Genetik als Wissenschaft von der Vererbung erfolgte um die Jahrhundertwende im Kontext des Sozialdarwinismus und der daraus hervorgegangenen Eugenik-Bewegung. Francis Galton (1822-1911), ein Vetter Darwins, hatte den Begriff "Eugenik" 1883 geprägt und als Wissenschaft von der Verbesserung des Menschen durch Zucht definiert. Der deutsche Begriff "Rassenhygiene" wurde 1895 von dem Mediziner A. Ploetz geprägt und als "Wissenschaft von der Verbesserung der Erbanlagen der menschlichen Rasse" beschrieben. Ploetz war eine der Leitfiguren der deutschen Rassenhygiene und setzte auf rigorose technokratisch geplante Selektion, um eine Gesellschaft mit intelligenten und solidarischen Menschen zu schaffen und damit zugleich eine neue und gerechtere Gesellschaft.
Schon 1899 führte der junge Biologe Jaques Loeb Versuche durch, die später einmal zur künstlichen Erzeugung im Reagenzglas führen sollten. Loeb hatte Einfluß in deutschen Literatur-, Künstler- und wissenschaftskreisen um Gerhard Hauptmann und ernst Heckel. Bestimmend für den Forscherdrang Loebs und vielen anderen Intellektuellen in den USA war das Ausmaß der Verelendung in den USA durch die Depression. Sie zogen für ihre Forschung daraus den Schluß, eine Neuorganisation der Gesellschaft mit biologischen Mitteln zu planen. Ein philosophisches Gerüst bildete derzeit der amerikanische Schriftsteller und Sozialreformer Eduard Bellamy (1850-1898). Sein Zukunftsroman "Im Jahr 2000. Ein Rückblick auf das Jahr 1887" schildert eine "hochtechnisierte Welt, in der die Abschaffung der kapitalistischen Konkurenz zu einer beschleunigten Wirtschaftsentwicklung geführt hat, so daß der Staat als großer Geschäftsverband in der Lage war, alle Bürger gleichmäßig zu versorgen. Das Kapital war ohne jede Gewalt auf den staat übergegangen...Es herrschte Ordnung, Arbeit und Disziplin."
Die Genetiker sahen ihre zukünftige Aufgabe darin, einen Menschen zu schaffen, der für dieses ("gewaltlose", "soziale") Gesellschaftsmodell brauchbar war. Loeb wurde unter anderem durch seinen reduktionistischen und experimentalistischen Ansatz ("alle Erscheinungen der Natur sind physikalisch und biologisch erklärbar") zum Prototyp technischer Forschung.
Faszinierend für unser Wissen heute und nach den Erfahrungen des Faschismus kaum zu glauben sind die sozialistischen "Träume" von einer "besseren", "gerechteren" Gesellschaft aller führenden Gentechnologen, die in spannenden Portraits in diesem Buch beschrieben sind.

Die andere Seite des Krieges



KRIEGSINVALIDEN AUS EL SALVADOR IN KUBA

In der Nähe von Havanna liegt das Campamento 26 de Julio * . Hier leben etwa 160 KämpferInnen der FMLN. Sie kamen mit schweren Verletzungen nach Kuba, die in den Hospitälern der Guerilla in El Salvador nicht ausreichend behandelt werden können. Hier werden sie in Fachkliniken behandelt. Nach dem Krankenhausaufenthalt ist in der Regel eine längere medizinische und psychologische Nachbetreuung notwendig. Diese haben die Salvadorener mit finanzieller und personeller Unterstützung der Kubaner selbstorganisiert.

Bei einer Reise nach Kuba hatte ich Gelegenheit dieses Beispiel des kubanischen Internationalismus kennenzu lernen. Zugegebenermaßen war mir etwas eigenartig zumute, als unser Bus mit einer Gruppe von 12 Touristen auf den zentralen Platz des Camps vorfuhr. Unsere ersten Blicke trafen auf Campbewohner an Krücken, mit Prothesen oder in Rollstühlen.

Von drei Mitglieder des Leitungskollektivs wurden wir gleich so herzlich begrüßt, daß unsere Beklommenheit langsam wich. Julio, einer von ihnen betonte: "Euer Besuch in unserem Camp zeigt uns, welche große internationale Aufmerksamkeit der Kampf der FMLN in El Salvador erreicht hat".

Dann erzählt er uns die Geschichte des Camps: am 20.März 86 wurde mit dem Aufbau des Camps begonnen. Es bestand zunächst aus drei Gebäuden. Die Kämpfer, die körperlich dazu in der Lage waren, bildeten eine Mikrobrigade, die unter Anleitung eines kubanischen Baufachmanns das Camp um weitere Gebäude erweiterte.
Z.Z. gibts Unterkünfte für ca. 160 KämpferInnen, eine Krankenstation, eine Kantine und mehrere Arbeits-Unterrichtsräume. Geplant sind weitere Unterrichtsräume, eine Werkstatt für Kunsthandwerk, ein Veranstaltungsraum und die Einrichtung eines kleinen Revolutionsmuseums.

Beim Rundgang wird sichtbar, was Guillermo vom Leitungskollektiv meinte, als er sagte: "Wir haben das Leben im Camp gut durchorganisiert. Jeder hat seine Aufgabe, je nach Art der persönlichen Möglichkeiten. Wer kaputte Beine hat, arbeitet mit den Händen. Wer kaputte Hände hat, arbeitet mit dem Kopf.
Am liebsten würden wir sofort in unser Land zurückkehren und dort weiterkämpfen, aber unser Gesundheitszustand läßt das nicht zu. Also kämpfen wir hier. Man kann nicht nur mit dem Gewehr kämpfen, sondern auch unter anderen Bedingungen. Die kulturelle Erziehung im Camp, die politisch-ideologische Bildung ist Vorbereitung, um später wichtige Aufgaben in unserem Land übernehmen zu können".

Die meisten Guerilleros sitzen zur Zeit unseres Rundgangs an den Schultischen (und kämpfen mit dem Bleistiften). Kubanische Lehrer erteilen in mehreren Klassen Unterricht vom 1.Grad (Grundschule) bis zum Dritten (Abitur).
Von den Unterrichtsräumen kommen wir, an den Schlafräumen vorbei, zur Schneiderwerkstatt. In einem kleinem Raum mit drei Nähmaschinen und einem Zuschneidetisch wird Kleidung fürs Camp hergestellt. Zwei gelernte Schneider bilden Andere in diesem Handwerk aus.

Hinter der Schneiderei liegt die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit. Hier arbeiten vorwiegend Rollstuhlfahrer. Ihre hauptsächliche Arbeit besteht darin, Nachrichten aus Radio und Zeitungen fürs Camp zusammenzustellen. Auch Wandzeitungen, Transparente und Plakate werden hier gestaltet.

Wir werden weitergeführt zur Krankenstation. Julio macht uns auf dem Weg dorthin auf die Blumenbeete aufmerksam. Die niedrigen Stauden sind schon verblüht. Bei genauerer Betrachtung erkennen wir aber noch, die roten Buchstaben FMLN vor weißem Hintergrund.
Im Gesundheitsposten mit 6 Betten werden leichte akute Krankheiten von einer kubanischen Krankenschwester behandelt. Gleichzeitig bildet sie einige Campbewohner in medizinischen Grundlagen aus. 2x wöchentlich hält ein Arzt Sprechstunde ab.

Zum Schluß des Rundgangs zeigt Julio auf ein Stück Land hinter den Gebäuden. "Hier soll der Fußballplatz hin, der Boden ist an dieser Stelle am besten geeignet."

Etwas später sitzen wir auf steinernen Bänken im Schatten eines Avocadobaums und unterhalten uns mit einzelnen Campbewohnern. Uns interessiert, wie die Guerilleras nach Kuba gelangt sind.
Viele Kämpferinnen kommen aus den Krankenhäusern der Frente in den kontrollierten Gebieten. Ihre schweren Verletzungen konnten hier nicht ausreichend behandelt werden und durch ihre eingeschränkte Beweglichkeit waren sie ständig in Gefahr, den Regierungstruppen in die Hände zu fallen. Mit verschiedenen politisch-militärischen Aktionen setzte die FMLN die Ausreise von Kämpferinnen gegen die Duarte-Regierung durch. 1984 hat die FMLN die Freilassung des von ihr gefangenen Vizeverteidigungsministers mit der Forderung nach Ausreiseerlaubnis für schwerverletzte Guerilleras verknüpft.
Schwieriger ist es, die Ausreise von Kämpferinnen zu erreichen, die bei einem Zusammenstoß den Regierungstruppen in die Hände fallen. Die Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen werden von der Duartearmee für den Konflikt im Land nicht respektiert. Den Kriegsgefangenen droht Folter und Mord, auch den Schwerverletzten. Die Geschichte von Miguel ist kein Einzelfall: "Bei einem Gefecht mit Regierungstruppen





traf eine Kugel meine Wirbelsäule und ich blieb gelähmt zurück, als die Genossen sich zurückziehen mußten. Die ganze Nacht verbrachte ich bei strömendem Regen unter freiem Himmel. Am nächsten Morgen entdeckte mich der Feind und begann mich zu foltern. Sie wollten militärische Informationen von mir. Wo unsere Camps sind, wer die Führer sind, welche Waffen wir haben. Sie versuchten, mich einzuschüchtern, jeden Tag mehr. Ich brauchte ärztliche Versorgung, ich hatte starke Schmerzen. Sie begannen, mir Spritzen zu geben gegen die Schmerzen. Aber weil ich ihnen nicht sagte, was sie wissen wollten und Widerstand leistete, begannen sie, die Spritzen wieder abzusetzen. Erst, als sie müde wurden und sahen, daß es schwierig würde, aus mir etwas herauszuholen, und die Gefahr bestand, daß ich sterbe, brachten sie mich in ein Krankenhaus".

Im Krankenhaus schaffte Miguel es trotz absolutem Besuchsverbot und ständiger Bewachung durch Polizei, Verbindung zum Internationalen Roten Kreuz aufzunehmen.
Kurz nach einer Operation wurde er wider ins Gefängnis gebracht. "Sie warfen mich auf die Pritsche eines Fahrzeugs, ohne Matratze, ohne alles, wie einen Hund. Die Wegstrecke war total uneben. Bei jedem Schlagloch spürte ich einen entsetzlichen Schmerz in der Wirbelsäule. Im Gefängnis warfen sie mich wie ein Tier auf den Fußboden."

Am 7. November 87 verkündete Duarte im Rahmen seines Wahlkampfes eine Amnestie für politische Gefangene. Miguel gehörte zu den 300 Amnestierten. Mit anderen Gefangenen kam er in eine Unterkunft der katholischen Kirche für Zivilisten aus den bombardierten Gebieten, die von internationalen Hilfsorganisationen betreut wurde. Nochmals versuchte das Heer, der FMLN-Kämpferinnen habhaft zu werden.
"Im Januar, ich glaube es war der 1o., drangen sie in unsere Unterkunft ein und wollten uns rausholen. Aber die Leute aus den bombardierten Gebieten halfen uns und gaben uns



Schutz. Sie wußten, daß wir Guerilleros waren, aber als die Soldaten kamen sagten sie: "Genug jetzt! Hier holt ihr sie nicht raus!" Mit Knüppeln und Steinen in der Hand gingen sie gegen die Soldaten vor und verhinderten deren Vorhaben. Einen von uns hatte man schon auf dem Lastwagen geladen, den haben die Leute wieder runtergeholt.- Das hat den Feind so verärgert, daß er noch wilder wurde. Am nächsten Tag., so abends um sieben, näherten sich ca. 1000 Soldaten, mit Waffen verschiedenen Kalibers und begannen eine Schießerei, die fast 4 Stunden dauerte."

Ana Teresa und Yanila sind zwei von den sieben Frauen, die im Camp leben. Sie konnten 1985 ausreisen. Sie wurden gegen Duartes Tochter freigelassen. Beide hatten schwere Beinverletzungen durch Minen und Granatsplitter. Ana Teresa trägt eine Beinprothese, Yanila wird ein steifes Bein behalten.
Nach ihren Erfahrungen als Frauen in der Guerilla befragt, sagt Yanila: "Frauen machen genauso mit wie Männer. Man kann nicht nur mit der Waffe in der Hand kämpfen, sondern auf unterschiedliche Art.Einige Frauen arbeiten als Köchinnen, Funkerinnen und Sanitäterinnen. Viele Frauen haben zwei Aufgaben: sie kämpfen mit dem Gewehr und versorgen die Verletzten."
Ich frage nach, ob Frauen wirklich genauso akzeptiert werden wie Männer. Ana Theresa grinst und sagt mit wohlwollendem Seitenblick auf einen der Männer: "Es ist nicht immer leicht, wegen der Vorstellungen, die die Männer im Kopf haben. Weil die Frauen sich am Kampf beteiligen haben sie aber schon ein gewisses Bewußtsein erlangt. Aber so ganz begreifen sie immer noch nicht, daß wir den Männern gleich sind."

Beide Frauen sind erst 18 Jahre alt. Ich frage, in welchem Alter sie sich der Guerilla angeschlossen haben. Yanila antwortet. "Mit 10 Jahren ging ich zu den revolutionären Streitkräften. Ich ging hin, weil ich die Armut sah, in der unser Volk lebt und es keine andere Alternative gibt, als zu kämpfen. In El Salvador kämpfen Kinder, Greise und Frauen...Außerdem schloß ich mich der Guerilla an, weil ich mit 10 Jahren Kriegswaise wurde. Meine ganze Familie ist vom Heer ermordet worden. Sie wurde bei einem der vielen Massaker an der Zivilbevölkerung umgebracht. Ich überlebte als einzige, weil meine Mutter mich an diesem Tag zu einer Freundin ins Nachbardorf geschickt hatte, ihr ein Huhn zu bringen. Deshalb war ich nicht zu Hause. Um 8.00 hörte ich die Schüsse. Es war kein Gefecht, denn die Leute im Dorf hatten keine Waffen... Der Feind massakriert die Leute im Dorf. Es war Zivilbevölkerung. Die Armee kam, holte sie aus den Häusern und erschoß sie. Ungefähr 40 Menschen wurden ermordet. Das war in San Vincente am 18. September 1980."

Welche Zukunftspläne hat Yanila? "Zur Zeit sind wir alle damit beschäftigt, unsere Kräfte wieder zu erlangen. Wir werden noch medizinisch behandelt. Wir leisten hier unseren Beitrag zum Kampf, in dem wir lernen und uns weiterbilden. In El Salvador konnte ich nie zur Schule gehen. Das hole ich jetzt nach und bereite mich darauf vor, später Aufgaben beim Aufbau meines Landes zu übernehmen.Ich arbeite im Gesundheitsposten und besuche die Schule im 3. Grad (Oberstufe). Ich möchte gerne Medizin studieren."



Christian Arndt muß Pastor in St. Pauli bleiben

Am 31.August 1989 ist Christian Arndt 10 Jahre Pastor in der Friedenskirche am Brunnenhof. Laut Kirchenrecht muß ein Pastor nach 10-jähriger Amtszeit vom Kirchenvorstnd bestätigt werden. Es ist zu befürchten, daß der Kirchenvorstnd die erforderliche Bestätigung nicht erteilen wird.
Der gegenwärtige Kirchenvorstand wurde nicht von der Gemeinde gewählt. Er wurde vom Kirchenkreis Altona eingesetzt, nachdem der ordentlich gewählte Vorstand vor 2 Jahren zurückgetreten ist. Er ist besetzt mit Leuten, die nicht aus St.Pauli oder ähnlich sozial strukturierten Gemeinden kommen, sondern aus sogenannten besseren Gegenden. Die Mitglieder des Kirchenvorstands haben alles versucht, die bisherige Gemeindearbeit zu boykottieren und den Mitarbeitern Knüppel zwischen die Beine zu werfen.
Für den Kirchenvorstnd ist Christian Arndt Symbol einer Gemeindearbeit, die sich nicht auf die klassische Seelsorge beschränkt. Ihm wird vorgeworfen, daß er zu den sozialen und politischen Konflikten im Stadtteil Stellung bezieht und mit Initiativen zusammenarbeitet. Die Kritik gipfelt in dem absurden Vorwurf, Christian Arndt stellt nicht Gott, sondern den Menschen in den Mittelpunkt seiner Ar eit.
Wir wollen, daß Christian Arndt Pastor auf St.Pauli bleibt, gerade weil er den Menschen in den Mittelpunkt stellt und gerade wegen seiner bisherigen Gemeindearbeit:
- Sowerden die Gemeinderäume für Initiativen und Diskussionsveranstaltungen zur Verfügung gestellt.
- So konnte die von Abschiebung bedrohte Familie Alviola in der Friedenskirche Zuflucht finden.
- So setzte er sich für den Erhalt des von Schließung bedrohten Gemeindekindergartens ein.
- So ist er Mitglied des Initiativkreises für den Erhalt der Hafenstraß .
- So hat er sich für Tempo 30 im Stadtteil eingesetzt.

Und so weiter und so fort.

Christian Arndt wird vorgeworfen, er beziehe die Gemeinde in diese Aktivitäten nicht ein.Nach unserer Auffassung ist dieser Vorwurf schlicht falsch. Ganz im Gegenteil nehmen viele Gemeindemitglieder aktiv am sozialen und politischen Leben auf St.Pauliteil - nicht zuletzt ermutigt durch das Beispiel von Christian Arndt.

Damit dies alles kein Nachruf wird:

Kommt alle zur Gemeindeversammlung am 3.September! Menschen, die sich für die Bestätigung von Christian Arndt als Pastor einsetzen, treffen sich montags um 19.30 Uhr im Gemeindehaus, Brunnenhofstraße 2.

Christian Arndt
muß Pastor auf St.Pauli bleiben !



Hafenstraße

Vertrag zum drittenmal gekündigt!
In einem siebenseitigen Schreiben hat die Verwaltungsgesellschaft Hafenrand den Pachtvertrag zwischen Stadt und Verien Hafenstraße zum drittenmal gekündigt. Die Kündigung bezieht sich vor allem auf den jüngsten Vorfall vom 28.Juli,bei dem Polizisten Schüsse auf Menschen vor den Hafenstraßenhäusern abgegeben haben. Weil, wie schon vorher ausschließlich die Polizeiberichte als Grundlage für die Kündigungen herangezogen werden, drucken wir eine Stellungnahme der Hafenstraße ab, in der sie darstellt, wie sich der Vorfall aus ihrer Sicht abgespielt hat:
Hafen bleibt

Die Bullen haben auf uns geschossen

Freitagnachmittag wurden 2 von uns von einem Peterwagen der Davidswache in der Bernhardt-Nochtstr. gestoppt. Die Bullen wollten einen Haftbefehl vollstrecken, wegen einer nichtbezahlten Geldstrafe. Vier Leute von uns haben das mitbekommen und sind auf die zirka 50m entfernten Bullen zugelaufen; weil wir hier nicht einfach zugucken wie Leute von uns abgegriffen werden.
Die vier waren noch ne`n gutes Stück von den Bullen entfernt, als plötzlich der eine Bulle in schneller Reihenfolge 4 Schüsse, 3 über die Köpfe hinweg und einen gezielten Schuß abgab. Dieser Schuß ging einem von uns zwischen den Beinen durch, `ner älteren Frau knapp am Oberschenkel vorbei und schlug am Kellereingang zum Onkel Otto ein. Die beiden von uns sind bei den Schüssen abgehauen, die Bullen dann auch. Erstmal waren wir und die Nachbarn, die die Szene gesehen haben,total fassungslos, das hier `n Bulle ohne erkennbaren Grund, ohne vorherige Warnung, auf uns schießt. Wir haben die 4 Hülsen aufgesammelt, das eine Projektil gesucht und überlegt was wir tun, was das überhaupt war. Nachbarn haben die TAZ angerufen.
Knapp 2 Stunden später waren die Bullen samt mitgebrachter Presse wieder da. Diesmal knapp 200. Im Bewußtsein darüber, daß die Schüsse auf uns, im Kern `n glatter Mordversuch, gegen uns gedreht werden müssen, haben sie diesen Einsatz gefahren.
Das schon seit eineinhalb Stunden geschlossene Otto wurde aufgebrochen. Knüppel, die uns zur Verteidigung gegen Faschistenüberfälle dienen, wurden aus Ecken gekramt und für die Presse vor`m Otto aufgestapelt.

Im Nachschlag gab`s dann die Propagandashow: "Welt" bis "TAZ" haben den Polizeibericht übernommen: Aus vier unvermummten wurden 15-20 Vermummte; Eisenstangen, Knüppel, Fahrradketten, Steine und Stahlseile hinzugedichtet-ein Bulle, der um sein Leben kämpfte und natürlich die x-te Forderung nach sofortiger Räumung unserer Häuser. Selbst die "TAZ", die andere Informationen hatte, hat den Bullendreck genauso übernommen und damit zur "Wahrheit" verholfen - Dirksen hat uns dafür die 3. Kündigung geschickt.
Das Pack hat das Otto nach dem "SOG"-durchsucht. Weil die Räumung nach dem Mietrecht für sie schwer kalkulierbar und langwierig ist, schaffen sie sich mit Schüssen und ihren "Wahrheiten" selbst die Anlässe jetzt auch nach "SOG" in unsere Häuser einzudringen.
Auf ihren Rechtsstaat setzen sie noch einen drauf, indem sie eine reaktionäre Stimmung gegen uns schüren, mit der sie uns zum Freiwild machen wollen - für Bullen, Faschos und andere Durchgeknallte.
Wir sind hier ständig mit staatlicher Gewalt und Faschoangriffen konfrontiert - das ist hier Alltag. Z.B. im Mai die Räumung der Bauwagen mit 3.000 Bullen, wo sie 15 Leuten die Wohnungen vernichtet haben, bis jetzt, wo sie auf uns geschossen haben. Den Widerstand gegen ihre Projekte, ihre menschenvertreibende und -vernichtende Politik wollen sie plattmachen - in all seinen unterschiedlichen Formen und Mitteln. Dazu wird ihnen immer mehr jedes Mittel recht. Das ist ihre Seite.
Sie koppeln ihre Propaganda auch an das Teil mit Dirksen. Dirksen hat eins auf die Nase bekommen:
- weil er nicht nur Schreibtischtäter ist
- weil er uns rausschmeißen und unsere Häuser abreißen will
- weil er vorher in der SAGA-Rechtsabteilung zig Mietern gekündigt hat
- weil er den Reichen und Yuppies den Weg ebnen soll und all sein Handeln menschenverachtend ist.

Das Dirksen auf`s Maul bekommen hat geht völlig in Ordnung, er hat`s verdient.
Was hier abgeht ist eben nicht verhältnislos. Wir versuchen uns hier durchzusetzen, mit unseren Erfahrungen und eben dem Alltag hier, der sicher noch anders ist als in anderen Vierteln.
Das hat Konsequenzen für unser gemeinsames Verhalten z.B. Bullen gegenüber. Wir haben uns dadurch eine militante Haltung zueigen gemacht, als eine Möglichkeit uns gegen ihre Gewaltstrukturen durchzusetzen; überhaupt durchsetzen zu können das wir hierbleiben. Und das wollen wir. Daran ändern die Schüsse auch nix.
Das ist unsere Seite.

Hafenstrasse, 30.7.89

Trotz oder gerade wegen aller Scheiße rund um den Hafen, am 23. September wird es in und um die Häuser lauter und belebter. Es soll dann gefeiert, Fußball gespielt, Theater aufgeführt, Musi,Kinderspiele u.s.w. geben.
Also, schon mal vormerken !

VERANSTALTUNGSWOCHE ST.PAULI-SÜD

So., 24.9.
15 h, Historischer Stadtteilrundgang
Dauer: 90 Min., Treffpunkt: GWA-St.Pauli-Süd, Hamburger Hochstr. 2

17 h, Ausstellungen, Eröffnung
GWA-St.Pauli-Süd u. Bücherhalle Trommelstr. 7

19 h, "...ich muß mich wundern, daß ich es überlebt habe." (Videofilm: Zeitzeugen aus St.Pauli erzählen von ihrem Alltag während des Nationalsozialismus)

20 h, Die Schmuckstraße, Chinatown in Hamburg (Referentin: Renate Hücking)

Mo., 25.9.
20 h, Die Verfolgung und Vernichtung von Prostituierten und moralisch nicht angepassten Frauen (Referentin: Gaby Zürn)

Di., 26.9.
20 h, Das Neue Hamburg (Film von Manfred Oppermann und Christian Bau, 1985)
Anschließend Diskussion mit Chr. Bau zum Thema "Zusammenhänge von Architektur, Stadtplanung und Herrschaft, damals und heute"

Mi., 27.9.
20 h, Wer in St.Pauli lebt, ist verdächtig
(Die systematische Erfassung von Stadtteilbewohnern zur Bekämpfung von Widerstand und Delinquenz); Referentin: Renate La Grange

Fr., 29.9.
20.30 h, Heimat, deine Lieder...? Von Kurt Weill bis Sieg Heil! (Liederabend mit der Sängerin Sylvia Anders und dem Pianisten Justus Noll

VERANSTALTUNGORT: Bücherhalle St.Pauli, Trommelstr. 7, Eintritt: DM 5,-/7,-

DUCKENFELD im Oelkersscafe

Oelkersallee 64, 2000 Hamburg 50,
Cafetelefon: 439 34 13

Sa., 2.9. 21.00 h WEST SIDE STORY
So., 3.9. 21.00 h Regie: R.Wise, J.Robbins
Mo., 4.9. 21.00 h USA 1960, 151 Min., Farbe

Sa., 9.9 21.00 h EL DORADO (m. R.Mitchum u. J.
So., 10.9. 21.00 h Wayne), Regie: H.Hawks
Mo., 11.9. 21.00 h USA 1967, 126 Min., Farbe

Sa., 16.9. 21.00 h DER HOFNARR (THE COURT JESTER)
So., 17.9. 21.00 h (m.Danny Kaye), Regie: N.Panama
So., 18.9. 21.00 h USA 1955, 101 Min., Farbe

Sa., 23.9. 21.00 h LOHN DER ANGST (LE SALAIRE DE LA
So., 24.9. 21.00 h PEURE), Regie: H.-G.Clouzot
Mo., 25.9. 21.00 h F 1952, 150 Min., s/w





CAFÉ IM BUCH

Restaurantcafé
Literaturcafé
Konzertcafé
Galeriecafé

Am Neuen Pferdemarkt tel. 430 26 36

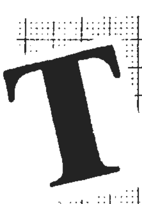
Mo., 4.9. 21.00 h CITOYEN HÖLDERLIN (ein Figurenspiel von und mit A.Leuze, Performer u. Schauspieler, und D. Le Parc, Figurentheaterspieler)
Eintritt: 12,-/10,-

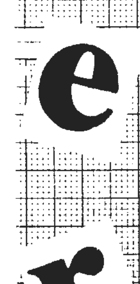
Mo., 11.9. 21.00 h SCHWARZE LIEDER präsentiert von Jokesch und Meyfarth
Eintritt: 12,-/10,-

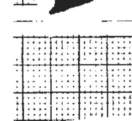
Mo., 18.9. 21.00 h MUSKELKATER
Eintritt: 12,-/10,-

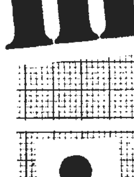
Mo., 25.9. 21.00 h ZÄRTLICH ALLEIN (A. Dudel, Hannover, mit ihrem 3. Soloprogramm
Eintritt: 12,-/10,-

Termine

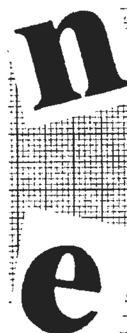


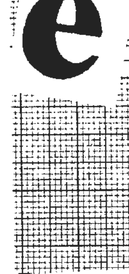












ANIMIEREN WOZU?
Anmerkungen zur Geschichte der käuflichen Liebe
Ausstellung des St.Pauli Archivs e.V.
vom 23.8. - 23.9.89
Bücherhalle St.Pauli-Süd, Trommelstr. 7
Mo. u. Do. 11-13 h, 14-19 h
Di. u. Fr. 11-13 h, 14-17 h

Neu in der Lerchensdtraße ..(1o2)...
Bärbel Biere
Maren Hinrichsen
Rainer Willhoeft
RechtsanwältInnen 439 15 14

radio st. pauli auf sendung!

Die nächste Sendung, für die bereits ein termin feststeht, ist am 13.9.: "Was ist 'independent'?" - Eine Sendung der Musikredaktion. Achtet auf weitere Sendungen von uns oder von Gruppen und Leuten, die am Projekt radio st.-pauli beteiligt sind; sobald wir es schaffen, bringen wir wieder ein Programmflugblatt raus, außerdem kündigen wir weiterhin die Sendungen mit Plakaten und taz-Anzeigen an. Oder achtet einfach auf die Ankündigungen im "Offenen Kanal", 95 Mhz, Mittwochs 19-22 Uhr, Sonntags 13-16 Uhr.

radio st.pauli Telefon 43 77 16
Bürozeiten/Informationen Freitags 16-19 Uhr, Thadenstr. 94

Wir wollen uns bei nächster Gelegenheit (97,1 Mhz) für unsere eigene Frequenz bewerben: Um dann eine Chance zu haben, müssen wir noch viel mehr aktive Leute werden, die Sendungen machen, und noch viel mehr Mitglieder im Förderverein werden. Daher:
Jetzt Druck und Sendungen machen! Macht Radio! Hört feindsender! Werdet Mitglied! radio st.pauli auf sendung!

Hallo! Jeden Mittwoch jetzt im **Frau Döse** Frauencafe. Wir wollen nicht nur Kuchen usw. an die Frau bringen, sondern gerade auch mit Frauen aus'm Viertel'm Viertel reden.
Wir wollen uns erstmal innerhalb der Gruppe über Themen, die uns gemeinsam angehen, auseinandersetzen. Eventuell können daraus Diskussionen mit interessierten Frauen im Cafe entstehen.

Mittwochs 14-19 Uhr Bartelsstraße 10

Aktuelles (s. Seite 4-6)

Am 24.8. gab es ein erstes, breiteres Treffen von zukünftigen NutzerInnen der Montblanc-Gebäude und VertreterInnen aus verschiedenen zusammenhängen im Schanzenviertel und der Umgebung. Es wurde, zum Teil hart und heftig, diskutiert über: Die Rolle der STEG, Sanierungs- und Vertreibungspolitik der STEG und über die bedeutung des Ein- oder Auszugs in die Gebäude von Montblanc.
Ergebnis war es, diese Diskussion mit noch mehr Menschen weiterzuführen, bis wir gemeinsam einen Standpunkt im Kampf gegen die STEG erarbeitet haben. Die anwesenden NutzerInnen-Gruppen haben beschlossen, bis dahin die Verhandlungen mit Peter Jorzick und der STEG einzustellen.
Nur gemeinsam können wir die Pläne der STEG verhindern! Kommt zum Treffen: Dienstag, 5.9.89, 20 h, Rosenhofstraße 5

IMPRESSUM:
V.i.S.d.P.:
R. Flora
Leninallee 43
DDR-2251 Rostock 20







'Der Schlachter-Laden'

Fleisch aus kontrol. biolog. Aufzucht
Wurstwaren o. Nitrit- u. Phosphatzusatz

Juliusstraße 2a - 2000 Hamburg 50
Tel. 040 /439 94 04

Öffnungszeiten: Mittagspause von 12-15 Uhr
Di-Fr: 9-18 Uhr - Sa: 9-13 Uhr - Montag Ruhetag

Hamburger SATZ und Verlags-Kooperative

Wir machen alles zwischen Manuskript und Druckvorlage
außerdem Belichtung von Computertexten
Lindenallee 4
2000 Hamburg 20
Tel.: 43 53 46 / 43 53 20



Grindelhof 45 2 Hamburg 13 Tel: 040/ 45 38 01

gegenwind
Bücher + Politik

Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 9[00] 18[30]
Sa: 9[00]-14[00]

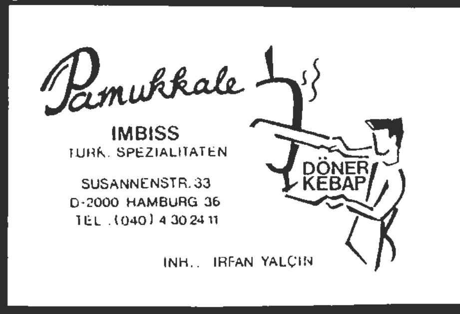












Buchhandlung YOL

Schanzenstraße 5 Tel. 43 54 74

Wir haben Bücher und Informationen über die Türkei, Emigranten in der BRD, Literatur von türkischen Autorinnen und Autoren.

AYRICA TURKÇE KITAPLAR

YOL KİTABEVİ

